Gelsenkirchener Zeitung.

Bezugspreis durch Boten zugestellt oder durch die Post bezogen
für die Woche vom 19. bis 25. November 350 Milliarden Mk. — Einzel-Nummer 70 Milliarden Mk.
Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.
Gratis-Beilagen:
„Gelsenkirchener Sonntags-Zeitung", „Am Heröfeuer" und „Sport-Extrablatt"
Telegramm-Adresse: Gelsenkirchener Zeitung. — Postscheck-Konto Essen Nr. 131 46.
Geschäftsstelle: Gelsenkirchen, Adolfstraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernsprech-Anschluß: Amt Gelsenkirchen Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von Chr. Münstermann in Gelsenkirchen.

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (37 mm breit) vom 17. November ab:
Grundpreise: Ortsanzeigen 50, kleine Anzeigen nicht geschäftlicher Art und Familienanzeigen 30, auswärtige Anzeigen 60, Reklamen (80 mm breit) 250. Schlüsselzahl 800 Millionen.
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Anzeigenpreis.
Besondere Mitteilung bei Aenderung der Anzeigenpreise erfolgt auch bei laufenden Abschlüssen nicht.
Bei nicht sofortiger Zahlung der Anzeige wird für das jedesmalige Vorzeigen der quittierten Rechnung eine Gebühr von 5 Proz. des Rechnungsbetrages erhoben.
Für Aufnahmen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für Aufträge mittels Fernsprecher wird keine Gewähr und für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen acht Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, Erscheinungsverbot hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 263 — Donnerstag, den 22. November 1923 — 59. Jahrgang.

Die Noten in der Militärkontroll- und Kronprinzenfrage.

ss **Paris**, 21. Nov 1923. (Telegr.)

Die beiden Noten sind heute um 8,30 Uhr dem deutschen Geschäftsträger überreicht worden. Frankreich ist damit zufrieden, daß eine Einigung zwischen den Alliierten zustande kam.

Note zur Militärkontrolle.

Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von den Erklärungen der deutschen Regierung, es herrsche nicht die Absicht, die Verpflichtung zu bestreiten, wie sie aus dem Versailler Vertrag bestehen. Wir müssen feststellen, daß Deutschland trotzdem Gründe de facto anführt, um fortzufahren, sich der Kontrolle zu entziehen. Die deutsche Regierung begründet dies nicht nur durch die Teilnahme französischer und belgischer Offiziere an der Kontroll-Operation, sondern auch dadurch, daß die Wiederaufnahme der Kontrolle geeignet sei, neue Schwierigkeiten zu verursachen und Zwischenfälle hervorzurufen. Die Konferenz muß bemerken, daß die Kontrollkommission seit Monaten ununterbrochen tätig ist und es ist nicht notwendig, auf den Ernst einer solchen Lage hinzuweisen, die Durchführung der Kontrolle begünstige die Entwicklung von Unruhen, über die sich die deutsche Regierung beschwert.

Die interalliierten Regierungen können jedoch nicht einsehen, daß die Wiederaufnahme der Kontrollkommission eine neue Quelle von Schwierigkeiten werde; denn nicht allein geht ein Teil dieser Operation unter Bedingungen vor sich, die keinen Vorwand für Zwischenfälle liefern können, sondern sie ist im Interesse der Durchführung ihrer Mission. Unter diesen Bedingungen sehen sich die Regierungen der Alliierten veranlaßt, den Rest aufrecht zu erhalten. Im übrigen behalten sie Freiheit. Die alliierten Regierungen erklären, dieses Mal einen Versuch vorzunehmen, der absoluten Pflicht nach Artikel 206 des Versailler Vertrages betr. die interalliierte Kommission alle Erleichterungen zu geben. Die militärische Kontrollkommission für Luftschiffahrt werde wieder aufgenommen. Wenn die Operation auf Obstruktion stößt, behalten sich die Interalliierten vor, Maßnahmen zu treffen, um ihre Rechte zu sichern.

ges. Poincare.

Die Note zur Kronprinzenfrage.

Im Namen der interalliierten Regierungen bitte ich, folgende Note zu übermitteln:

Durch die Note des Herrn v. Hoesch vom 17. Nov. 1923 hat die deutsche Regierung wissen lassen, daß sie ihren Vertreter in Holland ermächtigt hat, dem Kronprinzen einen Paß zur Rückkehr nach Deutschland auszuhändigen. Die interalliierten Regierungen haben ferner Kenntnis von dem Brief vom 17. Nov. 1923 an den Direktor der politischen Abteilung des französischen Ministeriums zwecks Uebermittlung an den Präsidenten genommen. Die interalliierten Regierungen nehmen von den Erklärungen des Dokuments Kenntnis hinsichtlich des Verzichtes des Kronprinzen auf alle Rechte als Nachfolger des verbannten Kaisers, als auch von der von der deutschen Regierung übernommenen Verpflichtung, den Exkaiser nicht zur Rückkehr zu ermächtigen. Sie betrachten den Verzicht des Kronprinzen als endgültig.

Die Alliierten stellen ferner fest, daß die deutsche Regierung, um sich den Verpflichtungen zu entziehen, die aus dem Friedensvertrag hervorgehen, sich auf die unruhige Lage beruft, trotzdem sie in dieser Erkenntnis die Rückkehr des Kronprinzen zugelassen hat und so Gründe zu ernsten Verwicklungen legte. Die Alliierten sehen sich gezwungen, zu erklären, daß sie den Kronprinzen völlig verantwortlich machen für die Unruhen, die entstehen können. Sie glauben, Deutschland auf diese gefährliche Lage aufmerksam machen zu müssen, die die Alliierten zwingen könnte, sich über Maßnahmen zu einigen, um dem vorzubeugen.

Nehmen Sie, Herr Geschäftsführer, den Ausdruck höchster Hochachtung entgegen. ges. Poincare.

---

ss **Paris**, 21. Nov. (Telegr.) Wie wir erfahren, ist die nach dem Friedensvertrag ins Leben gerufene Einrichtung der interalliierten Militärkontrollkommission keine dauernde, sondern vielmehr geschaffen zur Bewachung deutscher Kriegsbestände. In der letzten Konferenz ist dies berührt worden. Man ist der Ansicht, daß die zur Funktionierung der Kontrollkommission gesetzlich festgesetzten Fristen überschritten sind. Dies ist aber de iure nicht der Fall. An dem Tage, an dem die Kontrollkommission aufgehört zu bestehen, steht es ihr zu, gegen Deutschlands Rüstungen beim Völkerbund eine Untersuchung zu beantragen. Frankreich erklärt, daß das ein Grund mehr dafür sei, daß es über seine Sicherheit wache. Im übrigen wurde den französischen Journalisten am Quai d'Orsay erklärt, daß die Frist für die Räumung des linken Rheinufers noch nicht begonnen habe, abzulaufen.

Der Kompromißvorschlag im Botschafterrat.

Belgien stimmt zu.

Π **Paris**, 20. Nov. Nach einer Meldung aus Brüssel hat Ministerpräsident Theunis nach dem gestrigen Ministerrat den Zeitungsberichterstattern erklärt, **die belgische Regierung stimme dem Kompromißvorschlag der Botschafterkonferenz in der Angelegenheit der Militärkontrolle und der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland zu.**

Umschwung in der Pariser Presse.

△ **Paris**, 20. Nov. „Echo de Paris" berichtet, die französische Regierung habe niemals die Absicht gehabt, bei der augenblicklichen Lage neue militärische oder territoriale Sanktionen durchzuführen. Die augenblicklichen besetzten Gebiete genügten als Reparationen und wenn es sein müßte auch als Sicherheitsinstrument. Was die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen anbetreffe, die man als Interalliierte hätte zur Anwendung bringen wollen, so ergreife man sie ja jeden Tag in der Ausführung der Politik vom 11. Januar. Gewiß sei es vorzuziehen gewesen, wenn man die Zustimmung der Alliierten zur Ruhrpolitik hätte gewinnen können, aber es wäre doch unzweckmäßig gewesen, sich auf etwas zu versteifen, was die Alliierten nur noch mehr voneinander entfremden würde. Was weiter den Kronprinzen anbetreffe, so liege seine Verzichtleistung auf den Thron vom 1. Dez. 1918 und eine Erklärung der deutschen Regierung vor, daß sie dem früheren Kaiser die Rückkehr auf deutsches Gebiet verweigere, eine neue Tatsache, von der man für den Augenblick wenigstens Kenntnis zu nehmen habe.

Zu dem Kompromißvorschlag der Botschafterkonferenz schreibt „Petit Parisien", nach vielen Zwischenfällen, bei denen es weder Sieger noch Besiegte gegeben habe, habe sich doch schließlich wieder die Notwendigkeit gezeigt, ein enges Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und England zu organisieren. Wenn eine Uneinigkeit in der Entente offenbar würde, dann würde das Statut von ganz Westeuropa in Gefahr gebracht werden und von Sofia bis nach Berlin die Ausführung der Verträge eingestellt werden, was den Beginn einer Aera des Ruins wäre, deren Ende niemand voraussehen könnte.

Angebliche englische Instruktionen.

□ **Paris**, 21. Nov. (Telegr.) Dem „Matin" wird aus London gemeldet, am Dienstag nachmittag seien dem englischen Botschafter in Paris neue Instruktionen übermittelt worden. Der Berichterstatter meint, es scheine, daß man in England dem Leiter der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Nollet, die Möglichkeit entziehen wolle, auf eigene Verantwortung etwas zu unternehmen, was seitens der deutschen Regierung eine Gehorsamsverweigerung und dann eine Erklärung der Alliierten zur Folge haben könnte, daß Deutschland sich den Bedingungen des Vertrages nicht füge.

△ **Paris**, 21. Nov. (Telegr.) „Ere Nouvelle" berichtet, die englische Regierung werde es in zwei Punkten ablehnen, das Kompromiß der Botschafterkonferenz zu unterzeichnen. Frankreich habe nahezu die sofortige Wiederaufnahme der Kontrolle verlangt. England dagegen wünsche einen späteren Zeitpunkt. Ferner wolle man sich nicht zu Zwangsmaßnahmen nötigen lassen.

*

Erklärung Jaspars.

Ultimatum in Falle Graff.

Brüssel, 21. Nov. (Telegr.) In der Kammer erklärte der Minister des Aeußern Jaspar, die Kontrolle über die Entwaffnung Deutschlands müsse und werde aufrecht erhalten werden. Wenn die Reparationsfrage kein Gegenstand eines Vergleichs für Belgien sein könne, so könne die Sicherheit des Landes ebenso wenig Gegenstand eines Vergleichs oder eines Zugeständnisses sein. Hinsichtlich der Angelegenheit Graff habe Belgien dem Deutschen Reiche mitgeteilt, daß Belgien, **wenn die geschuldete Summe nicht bis zum 25. November gezahlt sei, sich selbst in den besetzten Gebieten bezahlt machen werde.** Zum Schluß forderte der Minister die Kammer auf, eine geschlossene Haltung einzunehmen.

Anschließend bemerkte Vandervelde (Soz.): Wir stimmen mit der Regierung vollkommen darin überein, daß wir alle Reparationen erhalten können, aber wir sind anderer Meinung hinsichtlich der anzuwendenden Mittel.

Vor den englischen Wahlen.

Das Wahlprogramm der Liberalen.

)(**London**, 20. Nov. In dem von Asquith und Lloyd George unterzeichneten Wahlmanifest der liberalen Partei wird erklärt, daß die erste Bedingung für eine Erholung Großbritanniens die Wiederherstellung nicht nur des heimischen Marktes, sondern des Welthandels sei. Unter diesem Gesichtspunkt wird die auswärtige Politik der gegenwärtigen britischen Regierung schärfstens kritisiert, u. a. mit dem Satze: Infolge ihrer moralischen Unentschiedenheit, ihres mangelnden diplomatischen Sachverständnisses und ihrer Uneinigkeit habe die Regierung in Europa wie in Asien nichts durchsetzen können, um die britischen Rechte erfolgreich zu schützen und einer notleidenden Welt Friede und Ordnung wiederzugeben. Das Manifest befaßt sich weiter mit den katastrophalen Wirkungen der Besetzung des Ruhrgebiets. Am Schluß wird folgendes

Programm

entwickelt:

Die liberale Partei tritt ein für eine schnelle Regelung der Reparationsfrage unter angemessener Berücksichtigung der interalliierten Schulden und für einen ernsten Versuch, mit den Vereinigten Staaten zusammenzuwirken, um den Frieden in der Welt wiederherzustellen. Die liberale Partei sei weiter der Ansicht, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas die Vorbedingung für das Wiederaufleben der britischen Industrien und die Schaffung des Friedens sei. Sie würde die Wiederaufnahme aller Beziehungen zu Rußland begrüßen. Im übrigen werde die gesamte Stärke der liberalen Partei zur Unterstützung des Völkerbundes in die Wagschale geworfen werden. Was die Arbeitslosenfrage anlange, so seien die Zollplätze der Regierung ebenso ungenügend, wie die von der Arbeiterpartei empfohlenen Heilmittel Sozialismus und Vermögensabgabe, denn nicht Zerstörung der Unternehmungslust, sondern ihre Ermutigung, nicht Abschreibung des Kapitals, sondern seine fruchtbare Verwendung sei erforderlich.

Eine Wahlrede Baldwins.

⊕ **London**, 19. Nov. In einer Rede, die Baldwin in einer Massenversammlung der Unionisten in der hiesigen Guildhall hielt, verbreitete er sich über die Arbeitslosenfrage und seine zollpolitischen Vorschläge. Er führte aus, welches die Aussichten auf die Wiederkehr normaler Verhältnisse in Europa auch immer vor einem Jahre gewesen seien, so bestehe keine Hoffnung, sie unmittelbar, auch selbst in naher Zukunft, zu erledigen. Großbritannien leide in bezug auf seinen Außenhandel mehr als irgend ein anderes Land. Frankreich und Belgien sind sicherlich in der Lage, so führte Baldwin aus, England gegenüber eine tatsächliche oder mögliche Konkurrenz von tödlicher Schärfe zu üben. **Er könne nicht auf die Neuregelung in Europa warten. Wir müssen für uns selbst sorgen.**

Der Premierminister erklärte, er glaube, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßregeln die Arbeitslosigkeit mildern würden und fuhr fort: Die Zeit ist gekommen, da wir nicht länger fortfahren können, unbewaffnet zu kämpfen. So wichtig der Außenhandel auch ist, wir müssen uns um den Innenhandel bekümmern, den wir so lange vernachlässigt haben. Er habe, so führte Baldwin weiter aus, Fragen von lebenswichtiger Bedeutung aufgeworfen für die Wohlfahrt des Landes. Arbeitslosigkeit sei die Frage und nichts anderes. England habe niemals einer Lage wie der gegenwärtigen gegenübergestanden. Der Krieg habe Millionen von Menschenleben vernichtet oder beschädigt. Die Ereignisse des letzten Jahres hätten die Angelegenheiten auf die Spitze getrieben. Wenn die Märkte der Welt in Not seien, weshalb soll die Knappheit auf die Schultern Englands fallen, statt geteilt zu werden? Sie habe England schärfer getroffen als jedes andere Land. Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien hätten sie nicht so gefühlt, weil sie in einer besseren Lage, insbesondere bezüglich der Landwirtschaft seien. Trotz allem Chaos in Europa sei Frankreich in der Lage gewesen, seine zerstörten Gebiete in großem Umfang wiederaufzubauen, seine beschädigten Kohlenbergwerke wiederherzustellen und seine Fabriken mit modernen Maschinen auszurüsten. Lloyd George habe gesagt, es sei ein Schutz gegen Frankreichs Militarismus notwendig. Er, Baldwin, sei gegen jeden Militarismus. Dies sei jedoch kein Grund, weshalb der Schaden unberücksichtigt gelassen werden solle, der England durch französische, deutsche und andere Fabriken zugefügt werden könnte. Baldwin sagte weiter: Wir müssen nach einer Regelung und einem Frieden streben. Wir müssen das tun, anstatt zuzusehen, wie unsere Industrien vor unseren Augen durch Länder geplündert werden, die sich mit hohen Zöllen umgeben haben und in der Lage sind, alle Preise zu unterbieten. Ich fürchte mich nicht vor hohen Löhnen, die eine Folge von Leistungsfähigkeit und Massenproduktion für das Land sind. Die konservative Partei sei geeinigt wie keine Partei in der Welt. Sie hat vorzügliche Kandidaten und die beste Jungmannschaft. Sie kämpft um zu gewinnen und um eine große Mehrheit, die jede Koalition unmöglich macht. Eine Koalition würde nur zu einem Verschachern von Grundsätzen und zu einem Kampf um Aemter führen.

Kommunistische Sabotage der Reichtagsverhandlungen.

Sozialdemokratische und deutschnationale Opposition gegen die Regierung. — Kommunist Remmele von der Sitzung ausgeschlossen. Weigerung Remmeles, der Aufforderung zu folgen. — Vertagung auf Donnerstag.

Deutscher Reichstag.

391. Sitzung.

⊕ **Berlin**, 20. November 1923.

Präsident Loebe eröffnet um ½2 Uhr die Sitzung. Der Saal ist mäßig, die Tribünen sind stark besetzt. Der Präsident widmet Nachrufe dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten von Havenstein und dem Zentrumsabgeordneten Honer. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen. Mit Pfuirufen wird die Mitteilung aufgenommen, daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Kaas wiederholt von den rheinischen Separatisten verhaftet und verschleppt wurde, daß der Protest des Auswärtigen Amtes dagegen bisher nicht beantwortet worden sei.

Debattelos genehmigte der Reichstag zunächst Verträge mit der Schweiz, Portugal und Polen über Steuern- und Wirtschaftsfragen.

Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) wegen Hochverrats wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Vor Eintritt in

die politische Aussprache,

die als vierter Punkt auf der Tagesordnung steht, beantragt

Abg. Koenen (Komm.):

Reichskanzler Dr. Stresemann möge als erster Redner Rechenschaft ablegen über die Politik, mit der er gemeinsam mit der Militärdiktatur das Volk in Jammer und Not gebracht habe. Dem Reichstag hafte der Leichengeruch der Verwesung an. Der eigentliche Machthaber General von Seeckt müsse schleunigst herangeholt werden.

Präsident Loebe

stellt fest, daß nach der Geschäftsordnung der Reichstag nicht den Zeitpunkt der Regierungserklärung bestimmen könne.

Ein darauf von den Kommunisten gestellter Vertagungsantrag wird unter dem Gelächter der Rechten abgelehnt.

Als erster Redner in der politischen Aussprache bedauert

Abg. Wels (Soz.),

daß die Regierung die Debatte nicht mit einer Erklärung eingeleitet habe. Es handele sich hier um eine neue nach dem Austritt der Sozialdemokraten andersgerichtete Regierung, die dem Reichstag ihr Programm vorlegen müßte. Ein Unterlassen dieser Programmerklärung müsse als Mangel an Kraftgefühl der Regierung ausgelegt werden. In der jetzigen kritischen Lage haben die Feinde der deutschen Republik ihren Schutz im Ausland. (Lebhafte Zustimmung). Wir danken der englischen Arbeiterpartei für ihren Mahnruf nach internationaler Gerechtigkeit (Beifall bei den Soz. — Graf Westarp ruft: Wer lacht da! Gelächter rechts). Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa und die deutsche Einheitsrepublik. Wir wenden uns deshalb gegen die Politik der bürgerlichen Sonderinteressen, die mit der vorübergehenden Preisgabe des besetzten Gebiete spielt und mit dem Grundsatz einer einheitlichen Reichsgewalt auch über Bayern. Gegenüber der Verschwörung des Herrn von Kahr und seiner Spießgesellen in Bayern spielte Dr. Stresemann die Rolle eines hilflosen Zuschauers. (Hört! Hört! links). Niemals ist die Schwäche der Reichsregierung und ihr, das behaupten wir, mangelhafter Wille dem Reiche zu wahren, was des Reiches ist, so klar hervorgetreten als in dieser kläglichen und schwächlichen Politik, die der sonst so redefreudige Reichskanzler gegenüber dem täglichen und stündlichen Verfassungsbruch des Herrn von Kahr an den Tag gelegt hat. Wie in Bayern sind auch in Berlin die Führer der Arbeiterorganisationen von der Militärdiktatur verhaftet worden. Das war geradezu der Irrsinn zu Pferde. (Sehr gut bei den Soz.) Herr von Kahr braucht garnicht mehr den Marsch nach Berlin anzutreten. Es geht hier schon alles nach seinem Wunsch. Der jetzige Belagerungszustand ist eine Schande für Deutschland. Wir können nicht einer Regierung das Vertrauen geben, die diese Entwickleung der Dinge zu verantworten hat. Wir werden die einzelnen Uebergriffe der Reichswehr noch untersuchen. Dem Reichskanzler trifft die Verantwortung ebenso für das verfassungswidrige Vorgehen des Reichskommissars Heinze gegen die sächsische Regierung.

Die Lösung der Währungsfrage darf nicht auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen. Wir verwahren uns gegen das anmaßende Auftreten des Verwaltungsrats und des Vorstandes der Rentenbank, die politische Forderungen aufgestellt haben. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister haben diese Rentenbank als eine Art oberste Kontrollbehörde über die Reichspolitik anerkannt. Dieses Verhalten des Kanzlers verstößt gegen den Geist und den Wortlaut der Verfassung. Wir warnen vor versteckten Versuchen einer Preisgabe des Rhein- und Ruhrgebietes. Für uns ist es keine Unterstützungsfrage, sondern eine internationale Frage. Die Verhandlungen zwischen den Industriellen und den französischen Behörden dürften nicht an der Umrechnungsfrage scheitern. Nach dem von den Großindustriellen selbst hergestellten Protokoll über die Verhandlung mit General Degoutte vom 4. Oktober, das dem Reichskanzler vorgelegen hat, hat Glöckner dem französischen Befehlshaber gesagt, die Industriellen wollten den Zehnstundentag wohl einführen, sie seien aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen, ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte (Stürmische Pfuirufe bei den Soz.). Erst als General Degoutte den Herren eine glänzende Abfuhr zuteil werden ließ, erklärten sie, sie hätten nicht an einen Eingriff der Franzosen in deutsche Verhältnisse gedacht. (Rufe bei den Soz.) **Dr. Jarres**, der eine Trennung der besetzten Gebiete vom Reiche für unvermeidlich erklärt hat, ist zum Minister gemacht worden. Dr. Stresemann hat in dieser Frage eine Schwenkung vollzogen. Er bricht Reichsrecht, wenn er die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für die Rheinlande ablehnt. Wir wenden uns gegen eine von den Deutschnationalen propagierte Idee eines kleineren Deutschlands. Wir wollen kämpfen für ein einheitliches freies Deutschland (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

Abg. Dr. Hergt (D. N.):

Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichskanzler nicht diese Besprechung eingeleitet hat mit einer Rede, in der er für sein neues Kabinett die Vertrauensfrage stellte. Das Kabinett ist nun einmal kompromitiert. Der Kanzler hat sich in dem Netz des Ermächtigungsgesetzes selbst gefangen. Er hat sein Amt als Kanzler der großen Koalition eingetreten. Man kann zu diesem Kabinett kein Vertrauen haben. Vielmehr ist ein großer Wechsel erforderlich. Es müßte längst dafür gesorgt sein, daß die Sozialdemokratie wie im Reich, so auch in Sachsen und Thüringen verschwindet. Die Sozialdemokratie strebt nach ihrem Austritt aus dem Kabinett offenbar nicht a. D., sondern z. D. (Hört! Hört! rechts). Schon diese nicht wesentlichen marxistischen Einflüsse nötigen uns zum Mißtrauen gegen das Kabinett. In der Achtstundentagsfrage hat die Regierung zwar Ansätze zur Tat gemacht, aber sie hat sie nicht ausreifen lassen, und so stehen wir nach dem Ablauf der Demobilmachungsverordnungen vor einem Vacuum. In der Währungsfrage vermissen wir die einheitliche Linie. Zum Währungskommissar ist ein ausgesprochener Feind der neuen Rentenmark bestellt worden (Hört! Hört! rechts).

Die Behandlung der Frage der besetzten Gebiete hat die Regierung von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt. Die Parteien, die beim Abbruch des passiven Widerstandes die Zahlungseinstellung für das besetzte Gebiet verlangten, nehmen jetzt einen entgegengesetzten Standpunkt ein, das ist nicht logisch. Wir haben damals den Abbruch aller Verhandlungen mit Frankreich gefordert. Die Regierung hat anders gehandelt. Sie hat den deutschen Stellen im Ruhrgebiet ständig wechselnde Direktiven gegeben. Wir verlangen von der Reichsregierung eine unzweideutige Erklärung über die geplante Politik im besetzten Gebiet. Wir sind auch für Verhandlungen, aber nicht mit Frankreich allein, sondern mit allen Alliierten. Wir denken nicht daran, eine einseitig deutschnationale Regierung zu fordern, sondern eine denkbar weite nationale Einheitsfront. Wir wollen nicht den Feuerbrand in Europa entfachen, wir wollen keine einseitige kapitalistische Vorherrschaft, wir wollen der Arbeiterschaft die ihr gebührende Stellung einräumen. Aber die Sozialdemokratie ist nicht die Vertretung der Arbeiterschaft. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das jetzige parlamentarische System ist dem deutschen Volke nicht genehm. Die von uns verlangte nationale Regierung wird aber auch nicht ganz ohne Parteien und Parlament regieren. Wir wollen eine Regierung, die das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend hat, auf der Deutschlands Zukunft beruht. Die bayerische Frage ist eine deutsche Frage. Herr von Kahr hat wie Bismarck die Reichstreue über alles

---

1 Dollar = 4 189 500 000 000 Mark.

Amtliche Devisenkurse.

		20. November	19. November
Holland	Geld	1 560 090 000 000	947 625 000 000
	Brief	1 567 910 000 000	952 375 000 000
Belgien	Geld	189 625 000 000	115 710 000 000
	Brief	190 475 000 000	116 290 000 000
Norwegen	Geld	608 475 000 000	363 090 000 000
	Brief	611 525 000 000	364 910 000 000
Italien	Geld	179 585 000 000	107 730 000 000
	Brief	180 415 000 000	108 270 000 000
England	Geld	17 956 000 000 000	10 982 500 000 000
	Brief	18 045 000 000 000	11 027 500 000 000
Amerika	Geld	4 189 500 000 000	2 613 700 000 000
	Brief	4 211 500 000 000	2 626 300 000 000
Frankreich	Geld	223 440 000 000	137 638 000 000
	Brief	224 560 000 000	138 345 000 000
Schweiz	Geld	722 190 000 000	442 890 000 000
	Brief	725 810 000 000	446 110 000 000
D.-Oesterreich	Geld	58 653 000	35 910 000
	Brief	58 947 000	36 090 000

Goldanleihe, 4,2 Billionen. England und Amerika 1 Prozent, alle übrigen Devisen 2 Prozent repartiert.

gestellt. Wir müssen durch einen Regierungswechsel dafür sorgen, daß Männer dieser Art im neuen Deutschland das Deutschland von morgen bringen. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Als Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort erhalten soll, verlangt

Abg. Koenen (Komm.)

das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Loebe verweigert es dem Abgeordneten Koenen. Der Abgeordnete ruft: Ich will dagegen protestieren, daß Polizei im Hause ist. (Erregung bei den Komm.)

Als Präsident Loebe dem Reichskanzler das Wort erteilt, schlägt

Abg. Remmele (Komm.)

erregt mit der Faust auf das Geländer zur Treppe der Rednertribüne und ruft laut: Sind wir hier im Parlament oder im Zuchthaus!?

Präsident Loebe

kann erst nach einigen Minuten die Zwischenrufer zum Schweigen veranlassen. Er erklärt unter lebhaftem Beifall der Mehrheit: Auf Grund des § 91 der Geschäftsordnung fordere ich den Abg. Remmele wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses auf, den Sitzungssaal des Hauses zu verlassen. (Unruhe bei den Kommunisten. Der Abg. Remmele bleibt auf seinem Platze.) Da der Abg. Remmele meiner Aufforderung nicht folgt, werde ich die Sitzung aufheben, zunächst um eine Stunde. (Zuruf des Abg. Koenen.) Ich habe bisher von dieser äußersten Bestimmung der Geschäftsordnung nicht Gebrauch gemacht, obwohl man mir innerhalb und außerhalb des Hauses zu weitgehende Toleranz vorgeworfen hat. Alles hat aber schließlich seine Grenzen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Die meisten Abgeordneten verlassen während der Pause den Sitzungssaal. Der Abg. Remmele bleibt auf seinem Platze.)

Präsident Loebe

eröffnete nach einer Stunde die Sitzung wieder und erklärte zu den letzten Zwischenfällen, er habe selbst schon seit längerer Zeit Kriminalbeamte in den Reichstag berufen zum Schutze der Regierung und von Reichstagsmitgliedern, die durch zahlreiche Schreiben und Kundgebungen an ihrem Leben bedroht worden sind. Da leider die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt hätten, daß solche Drohungen oft ernst zu nehmen sind, seien diese Schutzmaßnahmen notwendig gewesen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Abgeordnete Remmele ist im Saal anwesend.

Abg. Koenen

verurteilt die Heranziehung der Polizei. Erfahrungsgemäß würden solche Maßregeln immer nur gegen links angewendet. Wenn der Präsident in nervöser Erregung den Abg. Remmele aus dem Saale wies, so sei das Ausfluß jener militärdiktatorischen Strömung (Heiterkeit), die ihren Ausdruck findet in dem bereits fertigen Ausnahmegesetz, das im Wehrministerium nur noch der Unterschrift harrt.

Abg. Dittmann (Soz.)

billigt im Namen der gesamten sozialdemokratischen Fraktion das Verhalten des Präsidenten als durchaus korrekt. Auch August Bebel habe verlangt, daß die Proletarier sich als anständige Menschen benehmen. Von den Kommunisten sei diese Regel häufig mißachtet worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Loebe

fragt den Abg. Remmele, ob er jetzt den Saal verlassen wolle.

Da Abg. Remmele dies verweigert, vertagt der Präsident unter Entrüstungskundgebungen der Rechten gegen 6 Uhr die Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr.

Jarres über die Westfrage.

* **Berlin**, 21. Nov. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berl. Tagebl." erklärte Reichsminister des Inneren Dr. Jarres, daß er bei jeder Gelegenheit sich entschlossen gegen alle separatistischen und Ablösungsbestrebungen im Rheinland gewandt habe. Die gegenwärtigen unerträglichen Verhältnisse in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht machen jedoch eine erweiterte Selbstverwaltung der Rheinlande auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete unumgänglich notwendig, um aus den fürchterlichen Schwierigkeiten der Okkupation herauszukommen. Entgegen anderslautenden Mitteilungen sind die gestrigen Besprechungen mit den Vertretern der besetzten Gebiete nicht ergebnislos abgebrochen worden, sondern haben vielmehr zur Klärung geführt.

Die Koalitionsparteien stimmen gegen die Mißtrauensanträge.

* **Berlin**, 20. Nov. Vor der heutigen Reichstagssitzung hat den Blättern zufolge eine Sitzung des Aeltestenrates und einige Beratungen der Fraktionen stattgefunden. Es herrscht der Eindruck vor, daß Reichskanzler Dr. Stresemann den Wunsch hat, möglichst rasch eine klare Entscheidung herbeizuführen. Man einigte sich dahin, die Debatte am Donnerstag zu Ende zu bringen, an welchem Tage auch dann die Entscheidung über die drei Mißtrauensvoten fallen werde. Zentrum, deutsche Volkspartei und Demokraten haben beschlossen, gegen sämtliche Mißtrauensanträge zu stimmen, bringen aber ihrerseits keinen Vertrauensantrag ein, da er keine Aussicht auf Annahme hat. Wie die Blätter hören, werde sich aber Dr. Stresemann mit einem indirekten Vertrauensvotum, das durch Ablehnung der drei Mißtrauensanträge gegeben werde, nicht begnügen.

Der bayerische Ausnahmezustand vor dem Rechtsausschuß.

)(**Berlin**, 20. Nov. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit einem kommunistischen Antrag auf sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes. Diesem Antrag traten auch die Sozialdemokraten bei. Dagegen wies der bayerische Gesandte Dr. von Preger in seinen Ausführungen darauf hin, daß ein solcher Beschluß einen schweren Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche hervorrufen könne. Es müsse als Urrecht jedes Staates gelten, selbst darüber zu entscheiden, ob die Kräfte für Ordnung und Ruhe im gegebenen Augenblick stark genug seien, um das Staatswesen ohne Ausnahmezustand vor Fährnissen zu bewahren. Die bayerische Regierung sei jetzt nicht in der Lage, den bayerischen Ausnahmezustand aufzuheben. Rechtlich stehe die bayerische Regierung auf dem Standpunkt, daß durch einen vom Reich verhängten Ausnahmezustand der Ausnahmezustand in Bayern noch nicht erledigt sei. Nachdem der kommunistische Abgeordnete Herzfeldt noch betont hatte, daß es sich hierbei weniger um eine juristische als um eine politische, d. h. Machtfrage handele, wurde die Sitzung auf übermorgen vertagt. Neben dem kommunistischen Antrag wird der Antrag des Demokraten Hamm, der auf einen Ausgleich zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung hinzielt, übermorgen zur Abstimmung gelangen.

Deutsches Reich.

Amtliches Dementi.

= Der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph" behauptete, General von Seeckt habe aus Rußland alle deutschen Offiziere zurückgerufen, die in Sondermissionen bei der Roten Armee wie in den Munitionsfabriken beschäftigt seien. Die den Sowjets amtlich gegebene Erklärung habe gelautet, daß die Reichswehr alle ihre Offiziere nötig habe ....

Diese Meldung ist, wie von amtlicher Seite festgestellt wird, in vollem Umfange frei erfunden. Die Reichswehr konnte Offiziere aus Rußland nicht zurückberufen, weil niemals solche in Sondermissionen bei der Roten Armee oder in russischen Munitionsfabriken beschäftigt gewesen sind.

Eine böswillige Erfindung.

= **München**, 19. Nov. Die Gerüchte, wonach in absehbarer Zeit in Bayern die Monarchie ausgerufen sei, sind, wie von zuständiger Seite festgestellt, nur böswillige Erfindungen, denen jede tatsächliche Grundlage fehlt. Der frühere Kronprinz Rupprecht hat ebenfalls in einem Schreiben, das in einer Versammlung des National-Verbandes Deutscher Offiziere verlesen wurde, nachdrücklich gegen das Gerücht Stellung genommen, daß in Bayern demnächst die Monarchie ausgerufen werde.

Auslandsdeutschtum und Reichswirtschaftsrat.

* Nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Zeitung" haben die deutschen Handelskammern in Argentinien, der Verband deutsch-brasilianischer Firmen, die deutschen Handelskammern in Chile und Bolivien und Uruguay, sowie der Verband Deutscher Firmen in Peru folgende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet: „Die Reichsregierung wolle einem von der Hamburger Geschäftsstelle der Deutschen Handelskammer in den latein-amerikanischen Ländern vorgeschlagenen Vertreter Sitz und Stimme im vorläufigen Reichswirtschaftsrat gewähren. In der Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, daß das Wiederaufleben des deutschen Exporthandels zum größten Teil auf der Mitarbeit des im Auslande ansässigen deutschen Kaufmanns beruhe. Eine Vertretung des in Südamerika ansässigen deutschen Kapitals sei geeignet, dem politisch einflußlosen, aber wirtschaftlich so bedeutenden Auslands-Deutschtum Gehör zu verschaffen.

Ausland.

Parlamentswahlen in Bulgarien.

⊕ **Sofia**, 20. Nov. Gestern fanden die Parlamentswahlen statt, die überall in vollkommener Ruhe und Ordnung verliefen. Mit den ersten bekanntgewordenen Ergebnissen erhielt die Regierungskoalition ungefähr 185 Mandate von einer Gesamtzahl von 247 Sitzen. Die übrigen Mandate teilen sich die Nationalliberalen einerseits, Agrarier und Kommunisten anderseits. Die Kommunisten und Agrarier hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Ausweisung Polikins.

)(**Bern**, 20. Nov. Der Bundesrat hat beschlossen, den von der Anklage des Mordes an dem russischen Sowjetdelegierten Worowski freigesprochenen Polikin des Landes zu verweisen.

Der Separatismus.

Ende der Separatistenherrschaft in Trier.

* **Köln**, 20. Nov. Nach einer Meldung der „Köln. Volkszeitung" aus Trier sind die Separatisten am Samstag entwaffnet worden und haben die von ihnen als Wachlokale beschlagnahmten Wirtschaften räumen müssen. Eine Anzahl der Separatisten verfügt jedoch noch über Waffenscheine und trägt auch heute noch Waffen. Die Maßnahmen sind auf vorangegangene Verhandlungen der Behörden mit den Franzosen zurückzuführen. Der Aktionsausschuß, bestehend aus dem Ingenieur Keil und Weiß und Eisenbahninspektor Schwarz, unterhält noch ein Bureau in der Präsidentenwohnung. Sie dürfen aber keine Kontrolle und keinerlei Eingriffe in den Gang der Verwaltungsgeschäfte vornehmen. Die grün-weiß-rote Fahne ist vom Rathaus entfernt worden.

Angekündigter Vorstoß gegen Ludwigshafen.

)(**Mannheim**, 21. Nov. Seitens der Separatisten wurde dem Bezirksamt in Ludwigshafen angekündigt, daß in den nächsten Tagen die Besetzung der Stadt durch die Separatisten erfolgen sollte.

Havenstein gestorben.

= **Berlin**, 20. Nov. **Wie die Reichsbank mitteilt, ist heute morgen Reichsbankpräsident Havenstein gestorben.**

*

* Havenstein war 1860 in Meseritz geboren. Er besuchte die Universitäten Berlin und Heidelberg. Mit 21 Jahren machte er das Gerichts-Assessor-Examen und wurde 1887 Amtsrichter in Arnswalde. 1890 wurde Havenstein Hilfsarbeiter im Preußischen Finanzministerium und blieb als solcher nicht ganz einflußlos auf die Finanzgebahrung des Reiches. Bei der Umwandlung der Seehandlung in die Preußische Staatsbank im Jahre 1900 erhielt Havenstein das Präsidium. Während er bisher Widersacher der Reichsbank war, arbeitete er jetzt in enger Fühlung mit ihr. Anfang 1908, nach Rücktritt Exzellenz von Koch, wurde Havenstein Reichsbankpräsident. Er trat in dieser Eigenschaft für die Verstärkung der Golddeckung ein, während er das Depositengesetz für die Bankwelt ablehnte.

Er hat also rund 15 Jahre an der Spitze der Reichsbank gestanden und deren Politik geleitet. Unter normalen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen hat der Verstorbene es verstanden, die Reichsbank zu einem Musterinstitut auszugestalten. Als sie aber aus den bekannten Gründen auf schwankenden Boden geriet, war er nicht der starke und weitschauende Mann, den die deutschen Finanzen nötig hatten, um diese vor der Katastrophe zu bewahren. Er hielt zähe und eigensinnig an seinen Maximen fest, die nicht immer die richtigen Bahnen einschlugen und so war Havenstein nicht ganz unschuldig an den Dingen, wie wir sie heute im Währungsverfall vor uns haben. Aus diesem Grunde hatte sich denn auch vor kurzer Zeit eine scharfe Gegnerschaft im Lande gegen ihn geltend gemacht, die bis zur kategorischen Forderung seines Rücktritts sich steigerte. Er aber klebte an seinem Amte, von dem er nicht entfernt werden konnte, wenn er nicht selbst seine Entlassung erbat. Diese aber zu nehmen weigerte er sich. Jetzt hat unerwartet der Tod ihn aus seinem Wirkungsfeld gerissen. Wer sein Nachfolger werden wird, muß abgewartet werden. Der Vizepräsident von Glasenapp dürfte bei seinem Alter und weil auch er mit der Richtung Havensteins belastet ist, kaum in Betracht kommen. Auch der Währungskommissar Schacht dürfte u. E. nicht der geeignete Mann dafür sein.

*

Beileidskundgebungen.

)(**Berlin**, 20. Nov. Der Reichspräsident hat aus Anlaß des Todes des Reichsbankpräsidenten Havenstein an das Reichsbankdirektorium folgendes Schreiben gerichtet: „Die Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres Präsidenten Exzellenz Dr. Havenstein hat mich tief bewegt. Lange Jahre an der Spitze der Preußischen Staatsbank und danach der Reichsbank stehend, hat Ex. Havenstein in unermüdlicher Schaffenskraft und vorbildlicher Pflichttreue seine reichen Gaben und Erfahrungen in den Dienst der deutschen Volkswirtschaft gestellt. Was er insbesondere während des Krieges und in den nachfolgenden schweren Jahren für die Aufrechterhaltung unserer Finanzwirtschaft geleistet hat, wird unvergessen bleiben. Dem Direktorium der Reichsbank spreche ich zu diesem schweren Verluste meine aufrichtige Teilnahme aus. Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebenster Ebert, Reichspräsident."

Auch der Reichskanzler hat an die Witwe Havensteins ein Beileidstelegramm gesandt.

Genügt das?

Aus Bayern wird uns geschrieben:

„Wir haben bereits von der unerhörten antikatholischen Hetze an dieser Stelle Mitteilung gemacht, die im Anschluß an den Zusammenbruch des Hitler-Ludendorff-Putsches von den Nationalsozialisten und ihrer Gefolgschaft inszeniert worden ist. Die Szenen, die in der katholischen Hauptstadt eines katholischen Landes gegen die katholische Kirche und ihre Diener sich abspielten, spotten tatsächlich jeder Beschreibung. Jeder Kenner der Dinge konnte hier die raffinierte Taktik der alten „Los von Rom"-Bewegung wiederfinden, und wer mit den Dingen näher vertraut ist, wird sich darüber gar nicht wundern, denn Hitler selbst ist aus dieser österreichischen „Los von Rom"-Bewegung hervorgegangen und viele seiner engsten Mitarbeiter haben sich in Ermangelung eines Tätigkeitsfeldes in Oesterreich ausgerechnet das katholische München zum Tummelplatz auserlesen. Durch eine heute mehr noch als jemals zuvor unbegreifliche Politik, die gerade auch von manchen katholischen Kreisen den völkischen Elementen und ihrem Treiben gegenüber in einer verblendeten Verkennung der wirklichen Lage und Tendenzen geübt wurde, sind diese Dinge förmlich großgezüchtet worden. Man muß jetzt die Blätter der verschiedenen Parteirichtungen in die Hand nehmen, um zu erkennen, was den Bayern und was den deutschen Katholiken blühen würde, wenn diese Kreise einmal zur Herrschaft kämen. Die ungeheure Wut, daß ihre Pläne jetzt durchkreuzt worden sind, hat sie zu der Unvorsichtigkeit veranlaßt, ihre wahren Auffassungen vorzeitig zu enthüllen!

Man muß Zeuge der in München sich abspielenden Szenen nach der Niederschlagung des Hitler-Putsches durch Kahr gewesen sein, um ganz zu begreifen, welcher ungeheuerliche Haß sich da breitmachte. Er schreckte auch nicht zurück vor dem Kardinal Faulhaber, der in einem zuvor veröffentlichten Briefe an den Reichskanzler vor drohendem Bürgerkrieg seine warnende Stimme erhoben hat. Nicht nur, daß katholische Studenten, die den Rummel nicht mitmachen wollten, und daß die Gegner der Nationalsozialisten als „Faulhaber-Knechte", als „Römlinge" und „Jesuiten-Söldlinge" bezeichnet wurden, auch der Kardinal selber wurde persönlich in geradezu unflätiger Weise insultiert. Die nationalsozialistischen Lümmels mit ihrem unvermeidlichen weiblichen Anhang, den die vernünftigen Münchener nur als „narrete Frauenzimmer" bezeichnen, machten vor dem Palais des Kardinals eine wüste Katzenmusik und sie rempelten ihn in der unflätigsten Weise an, als er von der Einweihung einer Kirche kam. Dabei wurde der Kardinal als „Judenkardinal" und als „Judenfreund" beschimpft und man überschüttete ihn mit „Nieder"-Rufen. In einer Versammlung von Studenten fand, und da ist bezeichnend für das geistige Niveau dieser im völkischen Bann sich befindlichen Akademiker, eine ganz im Ernst vorgetragene Mitteilung, daß Herr von Kahr „soeben zum Ehren-Jesuiten" ernannt worden sei, vollen Glauben und wurde dementsprechend aufgenommen.

In München werden Tag für Tag nationalsozialistische Flugblätter verbreitet, in denen aufgefordert wird „zum Kampf gegen die deutschfeindlichen Mächte des Judentums und der römischen Jesuitenordens". An Straßenecken prangen Zettel, auf denen steht „Los von Rom durch deutsches Volk und Du wirst wohlhabend werden wie noch nie!" Wie in Norddeutschland der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Putsches gerade unter konfessionellem Gesichtswinkel bedauert wurde, haben ja die Aeußerungen des Herrn von Graefe über den Sieg des „ultramontanen" Geistes zur Genüge erwiesen.

Genügt das? Oder brauchen wir bayerische und deutsche Katholiken noch mehr Nackenschläge, um endlich zur Besinnung zu kommen?"

*

)(**München**, 21. Nov. (Telegr.) Wie der „Miesbacher Anzeiger" erfährt, ist Dietrich Eckart, der Führer der Nationalsozialisten in München, verhaftet worden. Die Verhaftung scheint im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in München erfolgt zu sein.

Provinzielles.

200 Devisenschieber verhaftet.

)(**Essen**, 20. Nov. Im Laufe des späten Nachmittags nahm die Polizei eine Razzia im sogenannten Devisenviertel in der Nähe des Hauptbahnhofes vor. Der ganze Platz vor dem Hauptbahnhof sowie die anliegenden Straßen wurden mit Hilfe zweier Polizeiabteilungen, die mit Lastautos herangeschafft worden waren, umstellt und die eingeschlossenen Personen auf der Straße einer eingehenden Durchsuchung unterzogen. Es wurden insgesamt 200 Devisenschieber sowie weitere 100 Personen, die sich nicht ausweisen konnten, in Haft genommen. Bekanntlich spielt sich in der Nähe des Hauptbahnhofes der wilde Devisenhandel ab, an dem sich auch eine größere Anzahl dunkler Gestalten beteiligten. Im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen und finanziellen Ordnung ist das Vorgehen der Polizei nur zu begrüßen und hoffentlich gelingt es auch für die Zukunft, diesen wilden Devisenhandel überhaupt zu unterbinden und der hierdurch rapide einsetzenden Entwertung der Papiermark Einhalt zu tun.

Vermischtes.

= **Berlin**, 20. Nov. Nach der „B. Z." kam es heute Nacht in der Ketzower Forst zu einer Schießerei zwischen dem Sohn des bekannten Herrn von Kühne und zwei Arbeitern Körner und Kiebler aus Glindow, die Holz sammelten. Bei dem Kampf wurde zuerst Kiebler, dann der junge von Kühne schwerverletzt. Heute vormittag hat sich die Staatsanwaltschaft zu einem Lokaltermin nach der Ketzower Forst begeben.

)(**Hamburg**, 19. Nov. Der auf Groß-Vogelsand gestrandete amerikanische Viermast-Schoner „Pendleton" ist in der vergangenen Nacht völlig wrak geworden und verloren gegangen, obwohl sich dauernd Bergungsdampfer in der Nähe befanden. Infolge des orkanartigen Sturmes war es nicht möglich, dem Dampfer Hilfe zu bringen. Unter den größten Schwierigkeiten gelang es, zwei Mann der Besatzung zu retten. Das Schicksal der übrigen Mannschaft ist noch unbekannt.

)(**Reval**, 19. Nov. An der Westküste von Oesel wurden Schiffsplanken, Kisten und 17 Leichen angespült, die zum Teil mit Wunden bedeckt sind. Es wird angenommen, daß der Hamburger Dampfer „Kronos", unterwegs von Stettin nach Petersburg auf eine Mine gestoßen und untergegangen ist.

Das Nachbarhaus.

(46

Roman von A. K. Green.

Nachdruck verboten.

„Sie wissen, daß das die Wahrheit ist, Fräulein Oliver?"

„O, müssen Sie mich denn fragen?" Sie warf sich stöhnend in ihrem Bett herum, und ich dachte, Herr Gryce würde aus reinem Mitleid jetzt mit seinen Fragen aufhören. Aber die Detektivs scheinen aus härterem Stoff gemacht zu sein, als wir „alte Jungfern". Er sah zwar recht betrübt aus, fragte aber doch weiter.

„Liebes Kind, nur der aufrichtige Wunsch, Ihnen zu helfen, zwingt mich, Sie mit Fragen zu martern. Sind nicht Sie die Frau, die um Mitternacht mit jenem Mann in das Van Burnamsche Haus trat?"

„Ja, die bin ich."

„Es war um Mitternacht?"

„Ja."

„Und mit diesem Mann?"

Schweigen.

„Antworten Sie doch, Fräulein Oliver."

Das Schweigen dauerte an.

„Also Franklin war mit Ihnen im Hotel D.?"

Sie stieß einen Schrei aus.

„Und Franklin rief Ihnen, sich neue Kleider und Wäsche bei Altman zu bestellen?"

„Oh!" rief sie bloß.

„Weshalb also soll nicht auch er der Mann gewesen sein, der Sie zu der Wäscherei des Chinesen führte und später nach dem Haus in Grammercy Park?"

„Sie wissen alles," stöhnte sie. „Sie wissen ja doch alles!"

„Verbrecher bleiben in dieser Welt nicht lange verborgen, Fräulein Oliver. Die Polizei weiß alles, was Sie von dem Moment an getan haben, als Sie das Hotel D. verließen. Deshalb habe ich solches Mitleid mit Ihnen, und ich möchte Ihnen helfen, den Folgen aus dem Wege zu gehen, denen Sie ausgesetzt sein könnten, da Sie beim Verbrechen zugegen waren. Denn Sie waren bloß zugegen, Sie sind nicht mitschuldig —"

„Oh!" rief sie jetzt halb unfreiwillig, „wenn Sie mir nur helfen könnten, daß ich nicht in diese Sache hineingezogen werde. Wenn Sie mir helfen könnten zu fliehen!"

Aber Herr Gryce war nicht der Mann, sie zu solchen Plänen noch zu ermutigen.

„Das ist mir unmöglich, Fräulein Oliver. Sie sind die einzige Person, die über das Verbrechen etwas aussagen kann. Wenn auch ich Sie entfliehen lassen wollte, die Polizei würde Sie daran verhindern. Also weshalb wollen Sie mir nicht lieber gleich sagen, wer die Hutnadel aus Ihrem Hut herauszog und —"

„Schweigen Sie!" rief die Gemarterte. „Schweigen Sie! Sie töten mich ja!" Ich kann das nicht aushalten, ich werde noch verrückt, wenn Sie davon sprechen! Ich sehe wieder all das Schreckliche vor mir auftauchen. Um Gottes willen, schweigen Sie!"

Jetzt spielte Sie uns keine Komödie vor; in wirklicher Todesangst bat und flehte sie um Gnade. Der Detektiv war sogar über diesen Ausbruch, den er veranlaßt hatte, sehr erschrocken und konnte lange nichts erwidern. Aber dann zwang ihn die Notwendigkeit, sich vor einem neuen Irrtum zu schützen und die Schuldfrage jetzt endgültig feststellen zu müssen, zu den Worten:

„Es haben schon viele andere Frauen so gehandelt, wie Sie. Ich meine nämlich, daß sie sich freiwillig für den Schuldigen, der ihnen teuer war, opferten. Aber Ihnen wird die Aufopferung nichts nützen, Fräulein Oliver, die Wahrheit wird sich doch herausstellen. Vertrauen Sie sich lieber mir an, der Ihnen wohl will und Ihnen gute Ratschläge geben wird."

Sie wollte jedoch nichts davon wissen.

„Mich kann niemand verstehen, ich verstehe mich selbst nicht! Ich weiß nur noch, daß ich mich vor allen Menschen hüten muß und zu niemand mehr Vertrauen haben darf. Ich werde nichts mehr sagen." Sie wandte sich von ihm ab und vergrub ihr Gesicht tief in die Kissen.

Jeder andere Mann hätte jetzt die Geduld verloren. Aber Herr Gryce wartete einen Augenblick, bis sie sich etwas erholt hatte, dann sprach er langsam:

„Sie werden auch dann nichts sagen, wenn es Ihnen schwerer fallen sollte, zu schweigen, als zu sprechen? Selbst dann nicht, wenn man glauben wird, — ich werde es nie glauben, denn ich bin von Ihrer Unschuld überzeugt — also selbst wenn die Leute glauben sollten, daß Sie an dem Tode der Frau schuldig sind?"

„Ich!" — Man konnte nicht mehr Zweifel über den Grund ihres Entsetzens sein. Das Schweigen, das diesem einen Wort folgte, war ausdrucksvoll genug.

„Alle Welt wird es glauben, die guten wie die schlechten Menschen. Er wird die Welt nicht eines Besseren belehren. Die Männer sind so rücksichtslos."

„Ach ja! O weh mir!" stöhnte sie fassungslos. Sie zitterte so heftig, daß das Bett unter ihr erbeben schien. Aber weiter war nichts aus ihr herauszubringen; der Detektiv mußte sich also besinnen.

Nach einer längeren, peinlichen Pause begann er wieder zu sprechen, diesmal in tief betrübtem Ton.

„Es gibt nur wenige Männer, die einer solchen Aufopferung wert wären, Fräulein Oliver, und ein Verbrecher ist ihrer keinesfalls wert. Aber durch solche Gedanken lassen sich Frauen nicht bewegen. Doch eines sollten Sie bedenken: vielleicht ist ein Unschuldiger angeklagt, und vielleicht wird auch ein Unschuldiger verurteilt werden. Wenn einer der beiden Brüder das Verbrechen begangen hat, so sollten Sie aus Rücksicht auf den Unschuldigen den Namen des Verbrechers nennen."

Nicht einmal diese Worte machten Eindruck auf sie.

„Ich werde keinen Namen nennen," sagte sie.

„Sie brauchen nur ein Zeichen zu geben."

„Ich werde kein Zeichen geben."

„So wird also Howard die Anklagebank betreten!"

Sie seufzte, antwortete aber nicht.

„Und Franklin, der Schuldige, wird ungestraft davonkommen?"

Sie bemühte sich, die Antwort zu unterdrücken, aber sie entschlüpfte ihr wider Willen.

„Wie Gott will," sagte sie. „Ich kann nichts dazu tun." Von Schmerz überwältigt, halb ohnmächtig, sank sie in die Kissen zurück. Herr Gryce machte nun keinen weiteren Versuch, die Wahrheit zu erfahren.

Dreiunddreißigstes Kapitel.

„Sie ist nicht schlecht, sie ist nur unglücklich," bemerkte der Detektiv, als wir zusammen das Zimmer verließen. „Aber man muß sie streng bewachen, denn in ihrem jetzigen Gemütszustand könnte sie leicht eine Dummheit begehen. In einer oder spätestens in zwei Stunden wird eine Frau dasein, um Ihnen zu helfen, Miß Butterworth. Können Sie bis dahin bei ihr wachen?"

„Wenn es notwendig ist, kann ich die ganze Nacht bei ihr wachen."

„Das Nähere werden Sie mit Fräulein Spicer besprechen. Und sobald es Fräulein Oliver etwas besser gehen wird, werde ich einen kleinen Plan ausführen, durch den es mir vielleicht gelingen wird, die Wahrheit zu erfahren. Ich muß unbedingt wissen, für welchen des beiden Männer sie sich aufopfert."

„Sie sind also der Meinung, daß nicht sie Frau Van Burnam ermordet hat."

„Ich glaube nur, daß wir es mit einem ganz außerordentlich schwierigen und verwickelten Fall zu tun haben. Inwieweit die beiden Brüder am Morde beteiligt waren, können wir noch nicht mit Gewißheit sagen, denn was wir als gewiß annehmen können, ist nur, daß Franklin Ruth Oliver in das Haus führte, und daß Howard um vier Uhr morgens auf der Freitreppe desselben Hauses gesehen worden ist. Aber wer von ihnen den Mord verübte, ist mir nicht klar."

„Und ich behaupte nach wie vor, daß Ruth Oliver die Hand im Spiel gehabt hat; sie braucht ja ursprünglich keine böse Absicht gehabt zu haben. Ohne die Hilfe einer Frau hätte ein Mann das alles nicht bewerkstelligen können. Das ist meine feste Ueberzeugung, und niemand wird mich davon abbringen."

„Ich will ja gar nicht versuchen, Sie davon abzubringen. Ich will nur herausbringen, wie weit das junge Mädchen am Mord beteiligt war, vor allem aber, wer der Mann ist, der sie begleitet hatte."

Und was ist Ihr Plan, um das herauszubringen?"

„Das sage ich nicht. Ich kann ihn aber erst ausführen, wenn Ruth Oliver gesund ist. Sie müssen also dafür sorgen, daß sie gut gepflegt wird und bald imstande ist, aufzustehen. Ich verlasse mich auf Sie."

Ich versprach, mein möglichstes zu tun.

Als Herr Groce gegangen war, begab ich mich zu Ruth Oliver und bemühte mich, sie zu beruhigen. Und es gelang mir wider Erwarten sehr bald; die Unterredung mit dem etwas rücksichtslosen Detektiv hatte sie so weich gestimmt, daß sie sich nach einem weiblichen Wesen sehnte und die liebevolle Aufmerksamkeit, mit der ich sie umgab, mit dankbaren Blicken und Worten anerkannte. Nach einer Stunde ungefähr kam die Krankenpflegerin, und es tat mir jetzt wirklich leid, das Mädchen zu verlassen, so lieb und freundlich war sie zu mir.

Ich stieg in den Salon zu Fräulein Spicer hinab. Sie war damit beschäftigt, die Einladungen zur Hochzeit ihrer Nichte zu adressieren; der Ausdruck ihres Gesichts schien mir besorgt zu sein.

„Ich bin in großer Verlegenheit, Miß Butterworth," sagte sie. „Ich hatte darauf gerechnet, Fräulein Oliver würde mir bei dieser Arbeit und den anderen Vorbereitungen zur Hochzeit und zu dem Abschiedsmahl, das ich einige Tage vorher meiner Nichte geben will, helfen, und ich kenne niemand, dem ich diese vielfältigen Arbeiten anvertrauen könnte. Ich selbst habe so viel zu tun, daß — —"

„Wollen Sie, daß ich Ihnen helfe?" bot ich mich bereitwilligst an. „Ich habe zu Hause nichts besonderes Wichtiges zu tun, und — nun ja, es würde mir wirklich auch Freude machen, einmal in meinem Leben bei den Vorbereitungen zu einer Hochzeit zu helfen. Ich würde mich wieder ganz jung fühlen."

„Aber —," sie wollte etwas einwenden.

Ich war so entzückt über die Aussicht, noch länger in diesem Hause verweilen zu können, daß ich ihr rasch ins Wort fiel und ihr nochmals versicherte, welch große Freude sie mir bereiten würde, und wie ich ganz genau ihren Anordnungen folgen wollte. Schließlich konnte sie meinen freundlichen, entgegenkommenden Worten nicht widerstehen, nahm mein Anerbieten an und wies mir die Arbeit zu.

(Fortsetzung folgt.)

Währungsfragen.

Von einem wirtschaftlichen Mitarbeiter.

Ⓣ **Berlin, 20. Nov. 1923.**

Der Einlösungskurs für die Papiermark

wird von der Reichsregierung vorläufig noch nicht festgestellt. Als Grund für diese Hinausschiebung der Erfüllung eines, wie man ausdrücklich hervorheben muß, von der Regierung gegebenen Versprechens, ist der Umstand zu suchen, daß die Umlaufsmenge in Papiergeld noch nicht feststeht. Nachdem die Reichsregierung nunmehr von dem ihr zur Verfügung gestellten Rentenmark-Kredit 100 Millionen Mark für die Fortzahlung der Unterstützungen für das besetzte Gebiet bereitgestellt hat, ist die Papiergeldumlaufsmenge um viele weitere Trillionen zu vermehren. Denn es ist bis jetzt noch keine Sicherheit dafür, daß die Rheinlandkommission die Einführung der Rentenmark in das besetzte Gebiet gestatten wird. Ein Einlösungskurs kann erst dann angegeben werden, wenn diese Umlaufsmenge in Papiergeld fest bestimmt ist. Man muß aber nachdrücklich und immer wieder fordern, daß dieser Kurs so rasch als nur irgend möglich bekannt gegeben wird und daß man nicht eine noch weitere, vielleicht den heutigen Entwertungsstand um das Mehrfache überschreitende Verschlechterung der Papiermark abwartet, um schließlich die Papiergeldbesitzer mit einer Bagatelle abzuspeisen.

Im Uebrigen muß jetzt schon darauf vorbereitet werden, daß die Einlösung der Papiermark nicht gegen Rentenmark, sondern gegen Goldanleihe erfolgt. Zu diesem Zwecke würde die Aufnahme einer neuen Goldanleihe notwendig sein, die aber nach Lage der Dinge nur durch neue Steuern gedeckt werden könnte. Auch diese Transaktion käme im Effekt nur darauf hinaus, daß die Kosten des Umtausches der Papiermark in Festmark von der Allgemeinheit wieder getragen würde. Auch aus diesem Grunde muß man rasche Klarheit fordern, denn die gegenwärtige Unsicherheit im Währungswesen ist auch nach Einlösung der Rentenmark noch nicht behoben und sie ist auch die Ursache für Mangel an Dispositionsmöglichkeiten in Wirtschaft und Industrie.

*

Die voll gedeckte Goldnote

ist, wie die Reichsregierung jetzt erneut erklären läßt, das Ziel unserer Währungspolitik. Dieses Ziel muß unverrückbar festgehalten und immer wieder aufgezeigt werden. Das ist nicht ganz unnötig angesichts mancher Bestrebungen solcher Kreise, die sich im Kampfe gegen die Rentenmark nicht genug tun konnten und nun diese eingeführte Rentenmark gern möglichst lange halten möchten. Dahinter stehen Spekulationsabsichten, die darauf hinausgehen, die Rentenmark ebenso inflationistisch zu verseuchen, wie das bei der Papiermark der Fall ist. Diese Kreise sind in ihren Hoffnungen bestärkt worden durch den Beschluß der Reichsregierung, 100 Millionen Rentenmark für die besetzten Gebiete zur Verfügung zu stellen. (!) Es hätte allerdings, nachdem wir uns nun schon einmal in Trillionen-Zonen bewegen, nichts verschlagen, wenn für die Bedürfnisse des besetzten Gebietes auch weiterhin noch einige Trillionen Papiermark gedruckt worden wären, zumal die Rentenmark noch keine Aussicht hat, in den besetzten Gebieten zugelassen zu werden. Die Uebergangszeit, die der Rentenmark gestellt ist, darf unseres Erachtens ein halbes Jahr nicht überschreiten, wenn wir nicht zu noch schlimmeren Währungsverhältnissen kommen wollen, als wie wir sie schon bei der Papiermark erlebt haben. Es müssen unseres Erachtens alle Kräfte eingesetzt werden, daß die Reichsbank ihrer eigentlichen Funktion als Goldnotenbank so rasch als möglich wieder zugeführt werden kann.

*

Die Rentenmark

ist bis jetzt mit einem Betrage von 160 Millionen Mark in den Verkehr gelangt. Zunächst sind diese Beträge nur an die Behörden und zwar zur Drittelszahlung der Beamtengehälter ausgegeben worden. Das Umrechnungsverhältnis der Rentenmark richtet sich nach dem jeweiligen Goldmarkkurs, der auf Grund der Dollarnotierung in Berlin errechnet wird. Damit ist also die Rentenmark gleich eine Goldmark gesetzt. Gesetzliches Zahlungsmittel aber bleibt nach wie vor die Papiermark. Und die Verweigerung der Annahme der Papiermark wird mit strafrechtlichen Mitteln geahndet. Die Rentenmark muß nach einer amtlichen Verfügung an allen öffentlichen Kassen zur Bezahlung von Goldmarkbeträgen und zum jeweiligen Umrechnungssatz für Reichssteuern, der gegenwärtig eine Billion für die Mark ausmacht, angenommen werden. Es können also in Zukunft Eisenbahn-Giros, Steuern, Landabgaben, Zölle in Rentenmark bezahlt werden. Das führt in der Praxis dazu, daß beispielsweise der Kauf von Fahrkarten ein ganz gutes Spekulationsgeschäft sein kann, da diese Fahrkarten viertägige Gültigkeit haben.

Das Reich hat von dem im ganzen auf 3200 Millionen begrenzten Rentenmarkbetrag für eigene Zwecke zunächst 1200 Millionen zu beanspruchen, von denen 300 Millionen für die Einlösung des Papiergeldes benutzt werden sollen. Weiter stehen der Wirtschaft zur Kreditversorgung 1200 Millionen Rentenmark zu, die aber vorläufig noch nicht flüssig gemacht werden. Die übrigen Beträge werden je nach Bedarf, der sich bei einer Verknappung der papiernen Zahlungsmittel auf Grund der Einlösung in wertbeständigem Geld ergeben wird, in den Verkehr eingeführt. Man erwartet in Wirtschaftskreisen, daß bis spätestens Ende des Jahres allen Bevölkerungsschichten die Rentenmark ziemlich gleichmäßig zugeteilt sein kann.

*

Eine neue große Geldverknappung

hat sich mit dem Erscheinen der Rentenmark auf dem Geldmark herausgestellt. Sie ist herbeigeführt durch die ungeheure Inanspruchnahme der Wirtschaft von allen Seiten und durch die Anspannung der Industrie von der geldlichen Seite her, die auch zur Lösung großer Effektenengagements geführt hat. Daraus erklärt sich das anormale Verhältnis, daß die Wertpapiere in ihrem Kursstande ziemlich gleich geblieben, ja zum Teil sogar sich abschwächten, während der Dollarstand in wenigen Tagen sich vervierfachte. Die Korrektur dieser Situation wird freilich nicht lange auf sich warten lassen. Die Börse bereitet die Einstellung des ganzen Effektenverkehrs auf die Rentenmarkbasis nunmehr vor.

*

Die Einführung des Festmarkverkehrs

ist bei der Reichsbank nunmehr beschlossen. Es wird ein reiner Dollar-Giro-Verkehr auf der Basis der Hergabe von Devisen und naturgemäß auch der Auszahlung in Devisen eingerichtet. Der Mindestbetrag der ersten Einschrift beträgt 1000 Dollar — also nichts für kleine Leute!

*

Die Goldgrundpreise

sind in letzter Zeit wegen Mangel an Devisen außerordentlich erhöht worden. Die Reichsregierung will nun den Abbau dieser erhöhten Goldgrundpreise, die eine starke Teuerung in Gold verursacht haben, herbeiführen. Eine solche Senkung dürfte auch im Interesse der Wirtschaft selber liegen, da sonst die ausländische Konkurrenz auf dem deutschen Warenmarkte freie Bahn erhält.

Die Rentenmark im altbesetzten Gebiet.

* **Köln, 20. Nov. Wie die „Köln. Volkszeitung" aus völlig zuverlässiger Quelle erfahren haben will, hat die Rheinlandkommission beschlossen, die Rentenmark im altbesetzten Gebiet zuzulassen. Der Umlauf der Rentenmark sei daher für dieses Gebiet genehmigt.**

Lokales.

Gelsenkirchen, den 21. November 1923.

Die auswärtigen Notgeldscheine.

Ⓛ **Die hiesigen Banken haben erklärt, daß sie nur mehr Notgeldscheine der Städte Gelsenkirchen, Bochum, Buer, Essen und Wattenscheid, der Aemter Eickel und Wanne, der industriellen Werke Gelsenkirchens und der Rheinischen Stahlwerke annehmen.** (Vgl. die Bekanntmachungen in Nr. 259 und 262 der „Gelsenkirchener Zeitung" vom 16. und 20. d. Mts.) **Die natürliche Folge ist, daß auch die allermeisten Geschäfte die Annahme anderer Notgeldscheine verweigern. Dadurch befinden sich die vielen Arbeiter und Angestellten, die in Gelsenkirchen wohnen und ihre Löhne oder Gehälter ganz oder zumteil in auswärtigen Scheinen erhalten, in einer sehr üblen Lage; sie haben Geld, und haben doch keines. In anderen Städten, z. B. in Essen, hat man in amtlichen Wechselstellen, die kostenlos alle gültigen Notgeldscheine in Reichs- und einheimisches Geld umwechseln, einen Ausweg gefunden. Da man dort in den meisten Fällen recht lange warten muß, ist das gewiß ein kümmerlicher Notbehelf, aber eine gute Einrichtung ist es immerhin, und jedenfalls spricht der immense Zulauf für die Notwendigkeit der Einrichtung.**

Es würde sich empfehlen, eine solche amtliche Wechselstelle oder besser ihrer mehrere, je eine in den verschiedenen Stadtteilen, auch in Gelsenkirchen einzurichten. Sie entsprechen einem wirklichen Bedürfnis, und die Bewohner könnten sich vor Geldverlusten schützen, die sie selbst im papiernem Billionen-Zeitalter nicht tragen können. Mögen die zuständigen amtlichen Stellen sich recht bald der Sache annehmen und dem Vorgang anderer Städte folgen; sie würden sich die Anerkennung der Bürgerschaft erwerben.

Was ferner vielfach noch fehlt, das sind Sammelstellen für kleine Scheine, die einzeln wertlos sind, in Massen aber noch viel Not lindern können. Kästen, nach Art der Briefeinwerfer, an den Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden angebracht und mit einer entsprechenden Aufschrift versehen, wären hier zweckdienlich. Auch hier könnte die Verwaltung sich verdient machen, oder aber die karitativen Organisationen sollten solche Kästen hier und da anbringen. Sie müßten freilich überwacht werden oder, wenn das nicht möglich ist, dürften sie vom Publikum nur bei Tageslicht zum Abwerfen kleinerer Scheine benutzt werden und müßten bei anbrechender Dunkelheit geleert werden. Die eingeworfenen Beträge könnten den Waisenhäusern, den Krankenanstalten, den Fürsorgevereinen, der Armenverwaltung usw. zugeführt werden.

Ganz unverständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist, daß verschiedene Unternehmen sich nur mehr auf Reichsgeld einlassen wollen. So erzählt uns ein Herr, der am Samstag die Bergische Kleinbahn benutzte, daß dort nur gegen Reichsgeld Fahrscheine gegeben würden. Viele Leute mußten aussteigen und konnten nun sehen, wo sie einen freundlichen Menschen fanden, der ihnen ihr Notgeld in Reichsscheine umwechselte. Das ist gewiß ein unhaltbarer Zustand, den die Behörden, solange die Notgeldscheine nun einmal bestehen, schleunigst abhelfen müßten.

Volksspeisung.

** **Wir wiesen jüngst schon darauf hin, daß die Volksküchen in Kürze wieder in Betrieb genommen würden. Das soll nun nach einer amtlichen Bekanntmachung, die wir im Anzeigenteil veröffentlichen, am Montag, den 26. November geschehen. Es sollen zunächst, wie wir schon damals mitteilten, für die Speisung berücksichtigt werden: Armenunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner, Kriegshinterbliebene, kinderreiche Familien mit 4 und mehr Kindern unter 14 Jahren. Ferner alle Familien, die in gleichen Verhältnissen wie die vorbezeichneten Gruppen leben. Bei der Meldung ist die Ausweiskarte des hiesigen Wohlfahrtsamtes vorzulegen. Kinderreiche Familien und andere haben Familienstammbuch vorzulegen. Die Meldung hat am Freitag, den 23. November, zwischen 12 und 2 Uhr an den in der Bekanntmachung für die verschiedenen Stadtbezirke angegebenen Stellen zu erfolgen. In denselben Lokalen findet auch die Ausgabe des Essens statt, die, wie erwähnt, am nächsten Montag zwischen 11 und 1 Uhr stattfindet.** (Vergl. Bekanntmachung.)

Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet.

= **In der Presse ist die Frage aufgeworfen worden, ob sich anstatt der Auszahlung von Papiermark an die Erwerbslosen die Gewährung von Lebensmitteln empfiehlt, um eine Entwertung der Leistungen möglichst zu verhindern. Hierzu wird darauf hingewiesen, daß im Reichsarbeitsministerium bereits in der vorigen Woche ein solcher Plan mit den beteiligten Stellen besprochen worden ist. In einer weiteren Sitzung am Montag wurde grundsätzliche Uebereinstimmung mit den beteiligten Stellen (Regierungen der Länder, Regierungspräsidenten, Kommunalverwaltungen) erzielt. Die Gemeinden des besetzten Gebietes werden überdies die Möglichkeit erhalten, die Erwerbslosenunterstützung je nach Lage der Verhältnisse ganz oder teilweise in Lebensmittel zur Auszahlung zu bringen.**

* **Notgeldannahme bei den Kommunalkassen.** Nach einer Bekanntmachung im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer wird vom 1. Dezember ab bei den Kommunalkassen des Stadt- und Landkreises Gelsenkirchen, Stadthauptkasse und Städtische Sparkasse Gelsenkirchen, Sparkasse und Gemeindekasse Rotthausen, Stadtbank Wattenscheid, Amtskasse Wattenscheid, Amtskasse Wanne, Amtskasse Eickel nur noch Notgeld des Stadt- und Landkreises Gelsenkirchen, der Städte Essen, Bochum, Buer, Herne und Wattenscheid, der Aemter Wattenscheid, Wanne und Eickel, der Gemeinde Rotthausen, der Gelsenkirchener Bergw.-Aktiengesellschaft, Rheinischen Stahlwerke, Aktiengesellschaft Phönix, der Gewerkschaften Graf Bismarck und Orange, Bergw.-Gesellschaften Hibernia und Dahlbusch im Nennwert von fünf Milliarden an aufwärts in Zahlung genommen, und zwar nur dann, wenn es sortiert und gebündelt abgeliefert wird.

Die vom Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen herausgegebenen Notgeldscheine bis zu fünf Milliarden werden zum 1. Dezember 1923 aufgerufen.

= **Bekanntmachungen.** Im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe befinden sich zwei Bekanntmachungen über die Kleinhandelspreise für Milch und für Markenbrot, worauf wir an dieser Stelle besonders hinweisen.

* **Vier Bekanntmachungen des Finanzamts** befinden sich im Anzeigenteil dieser Nummer: die erste betrifft die Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn für die laufende Woche, die zweite die Lohnsteuer und die Arbeitgeberabgabe, die dritte die Entrichtung der Lohnsteuer beim Markenverfahren, die vierte die Entrichtung der Lohnsteuer und der Arbeitgeberabgabe.

** **Von der Gelsenkirchener Kunstwoche.** Die erste Gelsenkirchener Kunstveranstaltung, als deren Auftakt, die im September in den Räumen des Georgshauses vergangene Ausstellung von graphischen Arbeiten hiesiger Maler anzusehen war, eröffnet nun mit Sonntag, den 25. November, die eigentliche Kunstwoche. An diesem Tage wird sie von Stadtbaurat Arendt eröffnet. Stadtschulrat Winkel wird einen Vortrag „Der Künstler und seine Zeit" halten. Mit Beethovens Geistertrio wird dieser erste Sonntag seinen Abschluß finden. Für Sonntag, den 2. Dezember ist eine literarische Morgenfeier vorgesehen, in der Professor Phil. Witkop (Freiburg) über „Die soziale und industrielle Dichtung in Deutschland" sprechen wird. Der folgende Montag soll ein Kammermusikkonzert bringen, das Werke von H. Busch, Rud. Peters und Paul Wibral vorsieht. Als Solisten werden Fräulein Hense-Gelsenkirchen und Hermann Busch-Bochum mitwirken. Sonntag, den 9. Dezember, ist ebenfalls als Musikabend gedacht, dessen Programm wieder von Gelsenkirchener Komponisten bestritten wird. Als Kapellmeister tritt Rudolf Schulz-Dornburg auf. Am Sonntag, den 16. Dezember soll ein Rezitationsabend einheimischer Dichter (Otto Wohlgemuth) stattfinden mit einem vorhergehenden Vortrag Dr. H. Weblings und Dr. Weinecks. Zu diesen Veranstaltungen wird eine „Mappe Gelsenkirchener Kunst" herausgegeben werden, die graphische, dichterische und musikalische Arbeiten einheimischer Künstler enthalten wird.

)(**Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten** (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 19. November auf das 831milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (218,5 Milliarden) beträgt demnach 280,3 v. H.

)(**Städtisches Symphoniekonzert in der Stadthalle.** Am Montag abend 7,30 Uhr findet in der Stadthalle das zweite städtische Symphoniekonzert statt. Es wird ausgeführt von dem städtischen Orchester Dortmund unter Leitung des städtischen Musikdirektors Professor Wilhelm Sieben-Dortmund. Als Solist wird Kammersänger Georg A. Walter aus Berlin mitwirken. Der Kartenverkauf ist für die Vormieter am Donnerstag und Freitag, vor- und nachmittags, sowie am Samstag bis mittags 1 Uhr im städtischen Konzertbureau (Rathaus, Zimmer 45a), wobei die Vormieterkarte vorzuzeigen ist, für die Nichtvormieter am Montag ebenfalls im städtischen Konzertbureau, und von 6,30 Uhr ab an der Abendkasse in der Stadthalle. Die Vormieter werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Eintrittskarten für die belegten Plätze, sofern sie zu dem Konzert nicht eingelöst werden, binnen 3 Tagen nach dem Konzert in entsprechend aufgewertetem Gelde bezahlen müssen, wenn die Eintrittskarten von der Konzertabteilung nicht anderweitig verkauft werden konnten. (Auf die Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil dieser Zeitung wird gleichzeitig hingewiesen.)

)(**Städtisches Operngastspiel in der Stadthalle.** Heute abend, pünktlich 7.30 Uhr beginnend, findet ein Gastspiel der vereinigten Stadttheater Wanne-Herne statt. Zur Aufführung gelangt die Oper „Rigoletto" von Giuseppe Verdi. Eintrittskarten sind noch bis heute mittag 1 Uhr im städtischen Theaterbureau (Rathaus, Zimmer 45a), bei der Firma Alsberg an der Sammelkasse, bei der Papierwarenhandlung Buer am Neumarkt und von 6,30 Uhr ab an der Abendkasse in der Stadthalle zu haben.

= **Volkshochschule der Stadt Gelsenkirchen.** Wegen des Buß- und Bettages mußten die Vorlesungen am Mittwoch ausfallen.

= **Keine Paßtaxenbelgebühr für Unbemittelte.** Das städtische Besatzungsamt teilt uns mit: „Nach Mitteilung der 47. französischen Division in Recklinghausen ist unbemittelten Personen die Gebühr für den Verkehrssitempel zu erlassen, wenn sie beim Paßbureau eine vom Besatzungsamt ausgestellte Bescheinigung vorlegen. Alle nicht mit der Bescheinigung versehenen Personen werden abgewiesen. Aus der Bescheinigung muß sich ergeben: 1. der Grund der Reise, 2. die wirtschaftliche Lage des Antragstellers, sein Einkommen (Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, Sozial-, Kleinrente usw.). Anträge auf Ausstellung solcher Bedürftigkeitsbescheinigungen sind persönlich auf dem Besatzungsamt, Zimmer 39 des Rathauses, zu stellen. Durch Vorlegen von Bescheinigungen der Behörden, von denen der Antragsteller Unterstützung, Rente usw. bezieht, ist die Bedürftigkeit nachzuweisen. Auch der Zweck der Reise ist hinreichend zu begründen. Da der Oberbürgermeister für die Richtigkeit der vorgelegten Anträge verantwortlich ist, müssen alle nicht genügend begründeten Anträge abgelehnt werden."

= **Eigentümer gesucht.** In Verwahrung der Kriminalpolizei befindet sich ein beschlagnahmtes Herrenfahrrad, Marke „Frithjof", das vermutlich aus einem Diebstahl herrührt. Geschädigte wollen sich vormittags von 8—9,30 Uhr oder nachmittags von 3—5 Uhr auf Zimmer 26 der Polizeidirektion (Bankstraße 5/7) melden.

= **Diebstähle.** Am 15. d. Mts. drangen Diebe in die Wohnung einer Witwe in der Hochstraße. Sie nahmen vorsichtig die Scheibe eines Küchenfensters heraus und stellten sie an die Wand, ohne sie zu zertrümmern. Dann öffneten sie das Fenster, stiegen ein und durchwühlten sämtliche Behältnisse. Gestohlen wurden 1 dunkelblauer Damenmantel mit hellem Pelzbesatz, 1 schwarzer Damenmantel, 12 weiße Kissenbezüge, 6 weiße Bettücher, 6 weiße Tischtücher, 1 gestreifte Kaffeedecke, 1 schwarzlederne Damenhandtasche mit silbernem Bügel, 1 weißes Bettlaken, 10 Meter weißes Hemdentuch, 6 Meter bunter Kleiderstoff, 1 Damenschirm, 2 Paar Damenhandschuhe, 1 Paar Damenschnürschuhe und 2 Bügeleisen. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei, Bankstraße 5/7, Zimmer 52, entgegen. — In der Feldstraße wurde einem Einwohner in der Nacht zum Dienstag ein Schwein aus dem Stall gestohlen.

= **Einbruch in einer Wohnung.** In der Nacht zum Dienstag drangen Spitzbuben in eine Wohnung des Hauses Industriestraße 52a. Sie lösten eine Scheibe, brachen ein Stück heraus, klinkten durch die Oeffnung die Fenster auf und stiegen ein. Sie entwendeten ein Fahrrad (Marke „Anker") und ein Oberbett. Mit diesen Sachen sind die Diebe durch den Heimagshof gefahren. Personen, die Angaben machen können, wollen sich auf Zimmer 62—64 der Polizeidirektion, Bankstraße 5/7, melden.

= **Kellereinbrüche ohne Ende.** In der Viktoriastraße wurden die Keller mehrerer armer Leute, darunter auch der einer Witwe, in der Nacht zum Dienstag erbrochen und sämtliche Lebensmittel daraus entwendet. In der gleichen Weise wurden in der Bismarckstraße mehrere Keller heimgesucht.

= **„Raucher" und „Nichtraucher".** Für die Bezeichnung der Wagen und Abteile für Raucher und Nichtraucher sind bei der Reichsbahn die Bestimmungen mehrfach geändert worden. Jetzt sind sie einheitlich geregelt. Allgemein werden in Zukunft alle Raucher- und Nichtraucherabteile besonders bekennzeichnet. Weiße Schilder ohne Aufschrift gibt es also später nicht mehr. Die abnehmbaren Schilder an den D-Zugwagen bleiben. Sie haben schwarze Schrift auf weißem Grunde. Die Schilder werden ausgehängt, wenn der ganze Wagen für Raucher oder Nichtraucher bestimmt ist. Sind in einem Wagen die Raucher- und Nichtraucherabteile gemischt, so erhält er kein Schild. Ein Rauchverbot wird im Seitengang unter der Decke ausgehängt. Jedes Abteil bekommt außerdem ein Einschiebeschild, das je nach dem Raucher oder Nichtraucher nach außen und nach innen zeigt. Auch die Bestimmung „Das Rauchen ist nur mit Zustimmung aller Mitreisenden gestattet" kann eingeschoben werden. Für den internationalen Verkehr sind dreisprachige Schilder vorgesehen. Auch in den Abteilwagen gibt es nur noch Schilder in Raucher oder Nichtraucher, aber ebenfalls keine weißen Schilder mehr. Für Frauenabteile werden Nichtraucherabteile vorgesehen.

Aus dem Vereinsleben.

△ **Katholischer Frauenbund, Jugendabend.** Donnerstag 7.30 Uhr Gruppenabend, Grillostraße 51.

Φ **Theatergemeinschaft „Bühnenvolksbund".** Sonntag, den 25. November, abends 7.30 Uhr, für Gruppe „Grün": „Jedermann" von Hugo v. Hoffmannthal. Die Inhaber der Gruppe „Grün" müssen bis Freitag mittag ihre Tages-Eintrittskarten abgeholt haben. Am Sonntag wird über die nicht abgeholten Plätze frei verfügt.

Aus der Umgegend.

* **Höntrop, 21. Nov.** Eine Bohne verschluckte das zehn Monate alte Söhnchen Adolf des Bergmanns Haverkamp. Es stellten sich heftige Schmerzen ein, so daß das Kind am nächsten Morgen zum Krankenhaus gebracht werden sollte. Auf dem Wege dorthin ist es aber gestorben.

* **Röhlinghausen, 21. Nov.** Auf leichte Art und Weise wollte der Arbeiter Leo Prill von hier reich werden. Er nahm Reichsbanknoten und Notgeldscheine zu 1, 2, 5, 50 und 100 Millionen Mark und machte durch „Verbesserung" der Buchstaben „M" aus den Millionen = Billionen. Er ging dabei aber so ungeschickt zu Werke, zumal da er als Handwerkszeug nur einen Bleistift benutzte, daß er gleich bei dem ersten Versuch, einen solchen „überwerteten" Schein in Verkehr zu bringen, festgenommen und der Polizei übergeben wurde.

* **Buer, 21. Nov.** Der 66 Jahre alte Bergmann Adam Koslik erlitt Freitag mittag in der Alleestraße in Buer-Resse etwa 20 Schritte von seiner im Hause Alleestraße 17 gelegenen Wohnung einen Schlaganfall. Er war sofort tot. — In Buer-Erle machte ein Schreinermeister wegen wirtschaftlicher Bedrängnis seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

* **Gladbeck, 21. Nov.** Einem Kolonialwarenhändler in der Bismarckstraße wurden in der Nacht zum Sonntag eine Gans und zwei Hühner, einem Anwohner in der Diepenbrockstraße in der Nacht zum Freitag 8 Gänse, von denen er eine wiederfand, einem Anwohner der Luisenstraße 2 Hühner und neun Kaninchen, einem Anwohner der Buerschen Straße Enten und Hühner, einem Anwohner der Mittelstraße 2 Gänse gestohlen.

* **Recklinghausen, 21. Nov.** Die Verwaltung der Zeche „General Blumenthal" teilt folgendes mit: Da der Gewerkschaft Blumenthal vom Reiche die Lieferung einer bestimmten Kohlenmenge wieder übertragen worden ist, wurde auf den Schachtanlagen 1/2. 6 (Hernerstraße) und 5 (Stuckenbusch) bis auf weiteres der Betrieb, ausschließlich der Kokerei, am Samstag, den 17. November, wieder aufgenommen. Die Schichten, sowie An- und Ausfahrzeiten bleiben wie bisher bestehen. — Stadtrat a. D. Wesener feierte seinen 80. Geburtstag. Die Stadt hat die Verdienste Weseners um die Bürgerschaft Recklinghausens durch die Ueberreichung der Ehrenbürgerurkunde in ganz besonderer Form anerkannt.

* **Köln, 21. Nov.** Die Bodenschätze der Eifel will die Siemensgruppe jetzt ausbeuten. Ueber diesen Plan erfährt die „Köln. Volksztg." noch folgende Einzelheiten: Es handelt sich vor allem um die Tuffsteine, Basaltlager- und sonstige Steinvorkommen des Kreises Mayen. Durch Gründung verschiedener Gesellschaften wie „Tubag", „Balag" usw., an denen die jetzigen Besitzer beteiligt werden, würde nahezu das gesamte Tuffstein- und Basaltvorkommen im Mayener Gebiet erfaßt werden. Eine Betriebsbahn von Mayen nach Ettlingen in Länge von 12 Kilometer würde das wichtigste Gebiet aufschließen. Die Bahn soll auf eigene Rechnung gebaut werden.

Theater • Musik • Vorträge

„Der Freischütz."

Romantische Oper von K. M. v. Weber.

Gastspiel der Essener im Zentraltheater.

Ⓛ **Gelsenkirchen, 21. Nov.** Aus dem Empfinden des deutschen Volkes herausgegriffen, daher urgesund und echt bis in die kleinste Fuge, ein Kunstwerk, das in seiner Eigenart nicht erreicht worden ist und schwerlich überboten werden kann. Die Logik der Tonfolge, die Führung der Motive, die tragenden Melodien, alles so tief, daß man dem Meister sagen möchte: „Du hast verkörpert, was ich fühle, aber nicht wiedergeben kann". Und dann, was im Schauspiel wie in der Oper die Größe des Verfassers zeigt: Keine undankbare Rolle. Jede Figur beansprucht unsere Teilnahme und ist so deutlich geprägt, daß wir wissen, wie sie sich in jeder Lage verhalten wird. Die symphonische Ouverture ist der Kern in der Nuß: der Kampf des Bösen wider das Gute und der Sieg des Guten, eine Apotheose in Tönen, wie sie in so einfachen Formen noch keiner gesungen hat.

Aus dem Rahmen der gestrigen Vorstellung traten das Aennchen und der Kaspar. Vielleicht tue ich Steffi Favre mit der Behauptung, daß ihre Rolle bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet war, unrecht; hat sie, in der Tondichtung aufgehend, nach der Eingebung gesungen und gespielt, dann ist sie wie nur wenige ihres Faches von den Musen begnadet. Sei dem, wie es will, ihr Aennchen erschien als eine Leistung aus einem einzigen, herrlichen Guß, zusammengefaßt aus Lebensfreude und Menschenliebe, die namentlich beim Brautlied mit herzerquickender Innigkeit zum Ausdruck kam. Und dann der Kaspar Ruprecht Hutds! Unheimlich, abschreckend und doch die Achtung fordernd, die der Mut auch dann für sich in Anspruch nimmt, wenn er mit dem Bösen Hand in Hand geht. Ebenso kennzeichnend wie dort der jubelnde, helle Sopran war hier der mächtige, finstere Baß. Wenn Friedrich Rons nicht bald das ablegt, was wir bis jetzt als Befangenheit betrachtet haben, dann werden wir zu der Annahme gezwungen, daß er zu den Bühnensängern zählt, die eine schauspielerische Betätigung als unter ihrer Würde betrachten. Wer mit dieser Auffassung Karriere machen will, muß eine phänomenale Stimme besitzen, und das ist bei ihm denn doch nicht der Fall. Sein Max war stimmlich angenehm, aber das Spiel erhob sich nur wenig, und das geht auf die Dauer nicht an, denn die Oper ist nun einmal kein Oratorium. Else Max spielte die Agathe angemessen und entzückte durch ihre Stimme; die große Arie sang sie mit einer Tongebung, die an Virtuosität grenzt. August Krüger war in jeder Beziehung ein wirtlicher Erbförster; Adolf Reimer, ein achtunggebietender Eremit, und der prächtige Bariton Rudolf Leffles erweckte mit der kleinen Partie des Fürsten wiederum den Wunsch, ihn in einer großen Rolle zu hören. Leo de Leeuwe zeigte als Kilian, daß man auch in der Lösung einer kleinen Aufgabe glänzen kann. Die Brautjungfern sangen so allerliebst, daß wir schon aus diesem Grunde die Wiederholung ihrer Szene gewünscht hätten, der Chor hielt sich wacker und das Orchester wurde unter Haubners Leitung den Anforderungen gerecht.

Handel und Gewerbe.

Wirtschaftszahlen von heute.

Dollar (amtlich)	4 189 500 000 000 M.
1 Goldmark (1 Dollar durch 4,2)	997 500 000 000 M.
Silberankaufspreis ab 19. Nov.	230 000 000 000 „
Reichsbankdiskont	90 %
Postkarte im Nahverkehr ab 20. Nov.	4 000 000 000 M.
Postkarte im Fernverkehr ab 20. Nov.	10 000 000 000 M.
Brief im Nahverkehr ab 20. Nov.	10 000 000 000 M.
Brief im Fernverkehr ab 20. Nov.	20 000 000 000 M.
Personenverkehrindex ab 17. Nov.	600 000 000 000 M.
Güterverkehrindex ab 17. Nov.	600 000 000 000 M.
Lebenshaltungsindex ab 19. Nov.	831 000 000 000 %
Ortsgespräch	7 500 000 000 M.
Kleinhandelsmultiplikator *)	1 000 000 000 000 M.
Reichssteuerumrechnungssatz	1 000 000 000 000 M.

Elektrizitätspreis für Licht und Kraft (1 Kilowattstunde) und Gaspreis (1 Kubikmeter): Rechnung auf Goldmarkbasis nach Tageskurs.

*) Die Festsetzung erfolgt täglich und ist gültig von Mittag zu Mittag.

Die ausländischen Kredite.

Φ **Berlin, 20. Nov.** Ueber die in Aussicht stehenden ausländischen Kredite für Deutschland weiß die „Voss. Zeitung" noch mitzuteilen, daß es sich um Kredite aus Amerika, England und Holland handele. Hervorragende Bankfirmen aus diesen drei Ländern wollen sich, dem Blatte zufolge, an der Errichtung der Goldnotenbank, welche die endgültige Lösung des deutschen Währungsproblems bringen soll, mit Krediten in der Gesamthöhe von 1400 Millionen Goldmark beteiligen. Auf den amerikanischen Kredit soll ein Betrag von 170 Millionen Dollar, also etwa die Hälfte des Gesamtbetrages entfallen. Wie es heißt, soll die Paraphierung des Vertrages in den nächsten Tagen erfolgen.

Umzugsgut nur mit Einfuhrbewilligung der Zollregie.

A **Berlin, 20. Nov.** Nach den in deutschem Betrieb befindlichen erreichbaren Stationen des besetzten Gebietes der Reichsbahndirektionen Essen, Köln und Elberfeld über sämtliche Zollkontrollstellen mit alleiniger Ausnahme von Schee darf Umzugsgut künftig nur angenommen werden, wenn dem Frachtbrief eine Einfuhrbewilligung der französisch-belgischen Zollstellen beigelegt ist.

Berliner Börsenbericht.

)(**Berlin, 20. Nov.** Bei etwas größerer Nachfrage als gestern wurden heute die Devisenpreise bereits im Einklang mit den Auslandsnotierungen gebracht, und dementsprechend heraufgesetzt. Die amtliche Notierung vollzog sich bei unveränderter Zuteilung auf der Grundlage von 18 Billionen für das Pfund und 4,2 Billionen für den Dollar. Für Goldanleihe wurden Kurse von 4.200 Geld festgesetzt. Dollarschatzanweisungen waren gestrichen Geld. Am Geldmarkt hat die Erleichterung weitere Fortschritte gemacht. Tägliches Geld war zu 4 bis 5 Proz. zu haben. Unter diesen Umständen bestand vermehrte Nachfrage nach Effekten. Es wurden für verschiedene Gattungen höhere Kurse genannt, so daß nach überwiegender Meinung für die nächste Börse mit weiteren Steigerungen zu rechnen sein dürfte.

Berliner Produktenbericht.

= **Berlin, 20. Nov.** Durch die Knappheit der wertbeständigen Zahlungsmittel ist eine weitere Erschwerung im Produktengeschäft eingetreten. Die Neigung, gegen Papiermark zu handeln, gibt sich nur vereinzelt kund. Die Tendenz war vormittags recht fest. Mittags war die Haltung ruhig bei ungefähr behaupteten Preisen. Die Umsätze hielten sich für alle Artikel in engen Grenzen und nur vereinzelt bestand Nachfrage der Mühlen nach Weizen.

Gott, dem Herrn über Leben und Tod, hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Heinrich Biermann

im Alter von 69 Jahren nach kurzer Krankheit, vorher gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten: 26743

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gelsenkirchen, den 18. November 1923.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Sterbehause, Sutumerstraße 18, aus statt. Das Seelenamt ist Freitag morgen 7,45 Uhr in der St. Annakirche in Bismarck.

Heute morgen entschlief sanft und gottergeben nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, guter Bruder, Schwager und Onkel,

Heinrich Multmeier

im Alter von 32 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Familie Multmeier
Familie Hering.

Gelsenkirchen, den 20. Nov. 1923.

Die Beerdigung findet am Freitag, 8½ Uhr morgens, vom Elternhause, Josefstraße 41, aus statt. Das Seelenamt ist gleich darauf in der Liebfrauenkirche. 26723

Bekanntmachungen der Stadtverwaltung.

Bekanntmachung.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung am 30. Oktober d. J. beschlossene Nachtrag zur Hundesteuerordnung ist durch die Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Der Nachtrag liegt 4 Wochen im Steuerbureau, Ahstraße 22a, Zimmer 31, zur Einsicht offen. 26736

Gelsenkirchen, den 17. Nov. 1923.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Der Kleinhandelspreis beträgt vom 21. November 1923 ab für 1 Liter Vollmilch 200 Milliarden, für 1 Liter Magermilch oder Buttermilch 100 Milliarden. Die hiesige Landwirtschaft kann bei Abgabe der erzeugten Milch an die hiesige Milchversorgung 135 Milliarden für 1 Liter Vollmilch fordern.

Der Oberbürgermeister.
Der Kreisausschuß.

Markenbrotpreise.

1350 Milliarden für ein 7pfündiges Grau- oder Schwarzbrot.
680 Milliarden für ein 3½pfündiges Grau- oder Schwarzbrot.
1450 Milliarden für ein 7pfündiges Kasselerbrot.
730 Milliarden für ein 3½pfündiges Kasselerbrot.
220 Milliarden für ein Pfund geschn. Schwarzbrot.

Der Oberbürgermeister.
Der Kreisausschuß.

Bekanntmachung.

Die vom Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen herausgegebenen Notgeldscheine bis zu fünf Milliarden werden hiermit zum 1. Dezember 1923 aufgerufen.

Gelsenkirchen, den 21. Nov. 1923.

Der Kreisausschuß.
Der Oberbürgermeister.

Volkspeisung.

Diejenigen Personen, die an der Volkspeisung teilnehmen wollen, können sich in den einzelnen Stadtteilen wie folgt am Freitag, den 23. November 1923. zwischen 12 und 2 Uhr melden.

Bezirk Altstadt: Marienschule, Karlstraße 13, Zimmer 5.
Bezirk Neustadt: kath. Kleinkinderschule, Moltkestraße.
Bezirk Schalke: (Straßen zwischen Kaiser- und Bismarckstraße) in der evangel. Kleinkinderschule, Viktoriastraße 100.
Bezirk Schalke: (Straßen zwischen Kaiser- und Wilhelminenstraße, einschl. Halden-, Stein-, Arenbergs, Feldstraße) evangel. Kleinkinderschule, Wörthstraße 6.
Bezirk Schalke, Feldmark und Hebler: Mittelschaft Schmidtmann, Fürstinnenstraße.
Bezirk Bismarck-Ost: kath. Kleinkinderschule, Franziskusstraße.
Bezirk Bismarck-West: Gastraße 11 (Gaswerk).
Bezirk Ueckendorf: evgl. Kleinkinderschule, Dorfstraße.
Bezirk Buer: kath. Kleinkinderschule, Hammerstraße 3.

Bezirk Hüllen: kath. Kleinkinderschule, Hedwigstraße 46.

Es sollen zunächst für die Speisung berücksichtigt werden: Armenunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner, Kriegshinterbliebene, kinderreiche Familien mit 4 und mehr Kindern unter 14 Jahren.

Ferner alle Familien, die in gleichen Verhältnissen wie die vorbezeichneten Gruppen leben.

Bei der Meldung ist die Ausweiskarte des hiesigen Wohlfahrtsamtes vorzulegen. Kinderreiche Familien und andere haben Familienstammbuch vorzulegen.

Der Portionspreis für 1 Essen beträgt 60 Milliarden Mark.

Bei der Anmeldung ist der Preis für das Essen für 3 Tage im voraus zu zahlen.

Die erste Essen-Ausgabe findet am Montag, den 26. November 1923, zwischen 11 und 1 Uhr in den vorbenannten Lokalen statt.

Der Oberbürgermeister.
Städtisches Fürsorgeamt.

Bekanntmachung des Finanzamtes.

Betrifft: Entrichtung der Lohnsteuer beim Markenverfahren.

Es wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Arbeitgeber, die die einbehaltenen Steuerbeträge durch Steuermarken entrichten, die Beträge für den Fall, daß Steuermarken bei den Postanstalten nicht erhältlich sind, in bar bei der Finanzkasse einzuzahlen haben. Bei der Zahlung sind Steuerbücher und Einlagebogen vorzulegen. 26732

Die Beträge sind spätestens am 5., 15. und 25. eines jeden Monats an die Finanzkasse abzuführen.

Gelsenkirchen, 20. November 1923.

Finanzamt.

Große Versteigerung.

Morgen, Freitag, den 23. Novemb., nachmittags 3½ Uhr, werde ich in meiner Auktionshalle, Restaur. „Zum Tiergarten", Marktstr. 11, wegen Auswanderung nach Ostpreußen, folgende gebrauchte Sachen öffentl. versteigern:

1 Küche mit Herd und sämtlichen Haushaltsachen.
1 Schlafzimmer.

ferner: 1 hochf. Klubgarnitur, 1 Kleiderschrank, 1 Nähmaschine, 1 Vertiko, 1 Kinderwagen, mehrere Bettstellen mit Matr., getrag. Herren- und Damensachen und vieles mehr.

Besichtigung eine halbe Stunde vorher.

Florian Klesse,
Auktionator und Taxator.
Bismarckstraße 67. Telephon 2971.

NB. Auswandernde nach Ostpreußen können zu jeder Zeit Möbel zur Versteigerung anmelden.

Bekanntmachung des Finanzamtes.

Betrifft: Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn für die Woche ab 18.—24. November 1923.

Vom 18. November 1923 ab bleibt die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Novemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, in Höhe von 300 000 wie in der Vorwoche bestehen. 26731

Es bleiben also die bisher bestehenden Ermäßigungssätze in Geltung:

a) bei wöchentlicher Zahlung:

1.	für den Steuerpflichtigen	51 840 000 000 M
2.	für die Ehefrau	51 840 000 000 M
3.	für jedes minderjährige Kind	345 600 000 000 M
4.	für Abzüge auf Grund des § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 E. St. G. (Werbungskosten usw.)	432 000 000 000 M

b) bei täglicher Zahlung:

1.	für den Steuerpflichtigen	8 640 000 000 M
2.	für die Ehefrau	8 640 000 000 M
3.	für jedes minderjährige Kind	57 600 000 000 M
4.	für Abzüge auf Grund des § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 E. St. G. (Werbungskosten usw.)	72 000 000 000 M

Gelsenkirchen, 19. November 1923.

Finanzamt.

Bekanntmachung des Finanzamtes.

Betrifft: Lohnsteuer und Arbeitgeberabgabe.

Aus vielfachen beim Finanzamt eingegangenen Anfragen ist ersichtlich, daß die Anordnung, bei Zahlungen von Vorschüssen, Abschlags- oder Teilzahlungen 7 Prozent als Lohnsteuer einzubehalten und abzuführen, von vielen Arbeitgebern unrichtig aufgefaßt wird. Diese gehen von der unrichtigen Annahme aus, daß nach der Anordnung bei jeder Abschlagslohnzahlung bei jedem Arbeitnehmer 7 Prozent des gezahlten Betrages einzubehalten, zu verrechnen und abzuführen seien. Tatsächlich wird jedoch nur verlangt, daß die Arbeitgeber bei jeder Abschlagslohnzahlung einen Betrag in Höhe von 7 Prozent des Gesamtbetrages, der an diesem Zahltage an sämtliche Arbeiter und Angestellte gezahlt wird, als Lohnsteuer, und den doppelten Betrag als Arbeitgeberabgabe an die Finanzkasse abführen. Irgend eine Verrechnung bei dem einzelnen Arbeitnehmer ist hierbei nicht erforderlich, sie findet nach wie vor nur einmal im Monat bei der endgültigen Abrechnung statt. Auf die gemäß dieser Endabrechnung abzuführenden Lohnsteuer und Arbeitgeberabgabe werden dann die bereits vorher abgelieferten Beträge in Anrechnung gebracht. 26733

Gelsenkirchen, 20. November 1923.

Finanzamt.

Bekanntmachung des Finanzamtes.

Betrifft: Entrichtung der Lohnsteuer und Arbeitgeberabgabe.

Es wird nochmals nachdrücklichst darauf hingewiesen, daß die Lohnsteuer und Arbeitgeberabgabe an folgenden äußersten Zahlterminen entrichtet werden muß:

1. Die Lohnsteuerbeträge, die in der Zeit vom 1.—10. eines Monats einbehalten sind, sind bis spätestens 15.
2. die Beträge, die in der Zeit vom 11.—20. eines Monats einbehalten sind, sind bis spätestens 25. und
3. die Beträge, die in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Monats einbehalten sind, sind bis spätestens am 5. des folgenden Monats bei der Finanzkasse einzuzahlen.

In den obigen Terminen ist bereits die 5tägige Schonfrist eingerechnet. An den gleichen Terminen ist die Arbeitgeberabgabe abzuführen.

Steuern, die nach diesen Terminen eingezahlt werden, werden nach dem Goldumwertungskurs aufgewertet.

Gelsenkirchen, 20. November 1923.

Finanzamt.

Das Jahresgedächtnis für Polizeikommissar Peter Münster findet am Samstag, den 24. Nov., 8¼ Uhr in der Pfarrkirche zu Rotthausen statt. 26708

Jüngeres 26750

Mädchen

f. leichte Hausarbeit bei hohem Lohn ohne Verpflegung sofort gesucht.

Schneider, Neustr. 32

Bekanntmachung des Finanzamtes.

Betrifft: Entrichtung der Lohnsteuer beim Markenverfahren.

Es wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Arbeitgeber, die die einbehaltenen Steuerbeträge durch Steuermarken entrichten, die Beträge für den Fall, daß Steuermarken bei den Postanstalten nicht erhältlich sind, in bar bei der Finanzkasse einzuzahlen haben. Bei der Zahlung sind Steuerbücher und Einlagebogen vorzulegen. 26732

Die Beträge sind spätestens am 5., 15. und 25. eines jeden Monats an die Finanzkasse abzuführen.

Gelsenkirchen, 20. November 1923.

Finanzamt.

Große Versteigerung.

Morgen, Freitag, den 23. Novemb., nachmittags 3½ Uhr, werde ich in meiner Auktionshalle, Restaur. „Zum Tiergarten", Marktstr. 11, wegen Auswanderung nach Ostpreußen, folgende gebrauchte Sachen öffentl. versteigern:

1 Küche mit Herd und sämtlichen Haushaltsachen.
1 Schlafzimmer.

ferner: 1 hochf. Klubgarnitur, 1 Kleiderschrank, 1 Nähmaschine, 1 Vertiko, 1 Kinderwagen, mehrere Bettstellen mit Matr., getrag. Herren- und Damensachen und vieles mehr.

Besichtigung eine halbe Stunde vorher.

Florian Klesse,
Auktionator und Taxator.
Bismarckstraße 67. Telephon 2971.

NB. Auswandernde nach Ostpreußen können zu jeder Zeit Möbel zur Versteigerung anmelden.

Ein im Stadthafen neuerbauter

Lagerschuppen mit Gleisanschluß

an den Bahnhof Gelsenkirchen-Hafen (Tarifstation), bestehend aus etwa 500 Quadratmeter großem, hellem, trockenem Kellerraum, sowie etwa 300 Quadratmeter Erdgeschoßlagerfläche nebst etwa 4000 Quadratmeter Hofraum, soll zum 1. Januar n. J. auf längere Zeit vermietet werden. Angebot mit Angabe der zu garantierenden jährlichen Bahnumschlagsmenge in Tonnen, welche bei Vermietung ausschlaggebend ist, erbittet 26735

Städt. Tiefbauamt, Gelsenkirchen.

Tabak-Großhandlung sucht

Ladenlokal

möglichst mit Einrichtung in verkehrsreicher Straße zu mieten. 26730

Offerten unter Hattingen Postfach 82.

Garage

für mittelgroßen Personenwagen gegen Goldmarkmiete zu mieten gesucht. Bevorzugt Nähe des Hauptbahnhofs. Schriftliche Anerb unt Nr. 26737 an d. Geschäftsst. d. Z.

Durchaus zuverlässiges

Hausmädchen,

welches über beste Zeugnisse verfügt, gegen zeitgemäßen Lohn sofort gesucht. 26752

Meldungen Bahnhofstraße 22, I. Etg., Eingang Klosterstraße.

Wirtschaft, Dampfbäckerei

mit Doppelofen, mit Maschinen- u. Ladeneinrichtung, komplett, 10 Wohn- und Geschäftshäuser zu verkaufen. 26675

Wilmes, Horststraße 36.

Besser 26670

möbl. Zimmer

mit Klavierbenutzung zu vermieten.

Friedrichstr. 31, 3. Et.

Geschäftsinh. sucht sofort ein

möbl. Zimmer

mit od. ohne Pens. Nähe Bahnhofstraße bevorzugt. Gute Bezahlung zugesichert.

Schriftl. Anerb. u. Nr. 26781 an die Geschäftsstelle.

Möbl. Zimmer

mit Mittagtisch zu vermieten. 26739

Königstr. 29.

Suche auf sofort

möbl. Zimmer

mögl. im Zentrum d. Stadt. Höchste Miete in Goldmark oder Devisen.

Schriftl. Anerb. u. Nr. 26728 an die Geschäftsstelle.

Saubere 26738

Putzfrau

für vorm. gesucht.

Vorzustellen von 11—2 Uhr: H. Ingenhaag, Hochstr. 1, I. Et.

Zuverläss. tücht.

Chauffeur

gesucht.

Schriftl. Anerb. unt. Ang. d. bish. Tätigkeit unt. Nr. 26721 a. d. Geschäftsstelle ds. Ztg.

Jüngeres anständiges

Mädchen

gesucht. 26729

Florastr. 11, 2. Etg. l.

Putzfrau

od. Mädchen zur Reinigung eines Zimmers für Vormittags sof. gesucht. 26749

Zu melden Fingerhut, Josephstr. 13.

Mehr. Mädchen

von 14—15 Jahren f. leichte Arbeit gesucht. 26745

Marinieranstalt Idastraße 7.

Zwei tüchtige

Dienstmädchen

sof. gesucht. 26748

Dortmund, Bierhalle, Bankstraße 12.

Suche sofort ältere kathol. Witwe ohne Anhang als 26727

Haushälterin

für zwei Personen in kinderlos. Haushalt.

Näheres in der Geschäftsstelle.

Bekanntmachung des Finanzamts.

Betr.: Bewertung der Natural- u. Sachbezüge bei Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 21. November 1923 ab wird der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzugs vom Arbeitslohn wie folgt festgesetzt:

Volle Station (einschließlich Wohnung, Heizung und Beleuchtung)	Von dem in Spalte I festgesetzten Betrag entfallen auf:					
	Freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung	Morgenkaffee	Frühstück	Mittagessen	Nachmittagskaffee	Abendbrot
täglich	täglich	täglich	täglich	täglich	täglich	täglich
a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen und sonstige gering bezahlte weibl. Arbeitskräfte (z. B. Mägde)						
480 000 000 000	79 800 000 000	39 600 000 000	39 600 000 000	159 600 000 000	39 600 000 000	120 000 000 000
b) Für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen:						
639 600 000 000	105 600 000 000	52 800 000 000	52 800 000 000	211 800 000 000	52 800 000 000	159 000 000 000
c) Für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Aerzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren):						
798 000 000 000	132 600 000 000	66 000 000 000	66 000 000 000	265 800 000 000	66 000 000 000	199 200 000 000

Diese Bewertung gilt für unverheiratete Lohnempfänger. Falls außer dem Arbeitnehmer noch zur Haushaltung desselben gehörige Familienmitglieder vom Arbeitgeber Sachbezüge genießen, setzt das Finanzamt auf Antrag die Werte fest.

Gelsenkirchen, 20. November 1923. 26780

Finanzamt.

Bei jeder Wäsche

ist das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen ist halbes Waschen! Es wirkt schmutzlösend und zeitsparend und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels.

Henko

Henko's Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte unübertroffene Einweichmittel. Zu einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren

unerläßlich!

Großes Lager oder Ladenlokal

als Niederlage für eine Lackfabrik gegen wertbeständ. Miete (Dollar, Gulden etc) zu mieten gesucht.

Offerten an **B. Schmedeshagen,** 26806 Bismarckstraße 123. Telephon 2757.

Betr. Vorauszahlung für Gas!

Zur schnelleren Abfertigung der Gasabnehmer, welche Vorauszahlungen auf den Gasverbrauch leisten wollen, ist die Vorlage der letzten bezahlten Gasrechnung notwendig. Abfertigung auf Zimmer 4 (Erdgeschoß).

Gelsenkirchen, 16. Novbr. 1923.

Städtisches Gaswerk.

Tölkes Panzer-Geldschränke

Sicherster Schutz gegen Einbruch und Feuer.
Billigster Bezug direkt ab Werk: 25457
Gelsenk. Geldschrankfabrik Heinrich Tölke,
Telephon 1423. Gelsenkirchen, Weidenstr. 52.
Transporte. Gegr. 1900. Reparaturen.

Freibrot-Preise

ab 22. November 1923.

1 Pfd. Stuten	450 Milliarden Mk.
3 Pfd. 70% Brot	1 Billion Mk.
3½ Pfd. 85% Brot	1 Billion Mk.
3½ Pfd. Schwarzbrot	850 Milliarden Mk.
1 Pfd. Schwarzbrot, geschnitten	280 Milliarden Mk.
1 Pfd. Zwieback	900 Milliarden Mk.

Bäcker- und Konditoren-Zwangsinnung Gelsenkirchen.

Last-Transporte

jeden beliebigen Umfanges von und nach allen Richtungen führt schnellstens und sicher aus 26621

Joh. Boden, Spedition,
Viktoriastr. 132, Ruf 81 u. 3586.

Bergm., Witwer, 36 J., mit 4 Kind. v. 5—12 J. u. 2-Zimmereinricht., sucht ält., ehrl. Mädchen od. lg. Witwe als

Haushälterin.

Spät. Heirat nicht ausgeschlossen. Vorsprech. v. 9—12 Uhr vormittags.

Näheres in der Geschäftsstelle. 26722

Wäsche

näht, bessert aus.

Dorau, Roonstr. 7.

Paßbilder

in 1 Stunde. 20841

Schützenstr. 22, Nähe Bismarckstraße.

Sonntags geöffnet. 3. Stock.

Herrenstoffe

f. Anz., Palet., Uhst.

Warme Unterzeuge

für Damen, Herren u. Kinder, bill. Preise

Gubener Stofflager

Hochstr. 48, I. im Möbelh. Blumenreich (Kein Laden).

Elegante 26740

Damenkleidung

zu verkaufen od. gegen Küchenmöbeln zu vertauschen.

David, Rotthausen, Ernststraße 4.

Kleiner 26742

Zimmeroefen

zu verkaufen.

Bismarckstraße 71, 3. Stock.

Schwache Nerven

sind d. Grundursachen der meisten Krankheiten. Blutarmut, Kopfschmerzen, Unlust zur Arbeit, nervöse Beschwerden jeder Art, nervl. Kopfschmerzen, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur mit

Doppelherz

dem von Aerzten anerkannten Nervenkräftig.-Mittel behandelt werden. Allein echt m. d. Schutzmarke



Zu haben in allen Drogerien Gelsenkirchens u. Umgebung. Man hüte sich vor minderwertig. Nachahmungen und verlange nur „Doppelherz".



Zahle für 26698

Kartoffelschalen

pro Pfd. 10 Milliard. Mark.

Gundlach, Hundezüchterei, Wilhelminenstr. 83.

Krätze

entsteht. Hautjucken beseitigt ohne Berufsstörung und ohne Schmierkur.

Beinleiden

auch in veralt. Fällen werden geheilt.

Flechten,

nasse und trockene Eitergeschwüre, Kopfschorf bei Kind, sow. sämtl. Hautkrankheit. werden geheilt.

Heilinstitut für alle Hautkrankheiten, Wenne, Hindenburgstraße 118.

Jeden Dienstag u. Freitag v. morgens 9,30 bis 12,15 Uhr in Gelsenkirchen, Wirtschaft Simon, Alter Markt. 7660

Ostpreußen!

Wer beteiligt sich sofort am Waggon n. d. Memelgebiet (Kr. Heydekrug). 26744

Zu erfr. Bismarckstr. 144a, Hinterhaus, 2. Stock.

Spanisch, Portugiesisch und Englisch

wird i. Auswanderer erteilt.

Schriftl. Anerb. u. Nr. 26392 an die Geschäftsstelle.

Gebr. Nähmaschine und ein Kinder-Korbbettchen

zu verkaufen. 26753

Luitpoldstr. 41, 3. E. r.

Ungeiner 10227

Teint

Pickel, Mitesser, Blüten verschwind. sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife eintrockn. läßt. Schaum erst morg. abwasch. u. m. Zuckoob-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Droger., Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich. 10227



Sendung allerbest.

Oldenb. Schweine

angekommen, welche ich preiswert abgebe. 6584

H. Meier, Schweinehandlung, Rotthaus., Schemannstr. 46, Telephon 1001.

Dobermann

entlaufen, auf den Namen Lux hörend. Wiederbringer erhält Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt.

A. Kewelok, 26747

Leopoldstraße 42.

Städt. Sinfonie-Konzert

In der Stadthalle zu Gelsenkirchen.

Montag, den 26. November 1923, abends 7½ Uhr:

Zweites Sinfonie-Konzert

Städtisches Orchester Dortmund,
Leitung: Städtischer Musikdirektor Prof. Wilhelm Sieben, Dortmund.
Solist: Georg A. Walter, Berlin (Tenor).
Am Flügel: Gerard Bunk, Dortmund.

Vortragsfolge:

1. Friedrich Smetana: „Die Moldau", Sinfonische Dichtung für Orchester aus dem Cyklus „Mein Vaterland".
2. Franz Schubert: 5 Lieder:
   a) Fragment aus dem Aeschylos.
   b) Der Jüngling und der Tod.
   c) Nachtstück.
   d) Du bist die Ruh.
   e) Der Jüngling an der Quelle.
3. Nikolaus Bruhns: Der 100. Psalm. Solo-Tenor-Cantate.
4. Ludwig van Beethoven: Sinfonie Nr. 6 in F-Dur (Pastorale) op. 68.

Konzertflügel: Steinway & Sons, Hamburg—Neuyork, aus dem Pianohaus, Hilger, Essen (Keramikhaus).

Platzpreise: 1. Platz 1 Billion, 2. Platz 800 Milliarden.

Kartenverkauf: Für die Vormieter am Donnerstag, den 22., Freitag, den 23. Nov., vor- und nachmittags, Samstag, den 24. Nov., bis mittags 1 Uhr im städt. Konzertbureau, Rathaus, Zimmer 45a, unter Vorzeigung der Vormietekarte.

Für Nichtvormieter am Montag, den 26. Nov., ebenfalls im städt. Konzertbureau (Rathaus) und von 6½ Uhr ab an der Abendkasse in der Stadthalle.

Auf die Notiz im örtlichen Teil dieser Zeitung wird noch besonders hingewiesen.

Anthrazit-Eßnuß

sowie jede andere Sorte

Hausbrandkohlen und Koks

liefert prompt 26788

Joh. Bausch

Königstraße 9. Telephon 2074.

Tanz-Sport-schule Gros

Essenerstraße 36.

Der Zirkel für Fortgeschrittene in mod. Tänzen nach der neuesten Richtung des Reichsverbandes für Tanzsport beginnt Dienstag, den 20. November, abends 8 Uhr, bei Kitzhöver, Kirchstr. 3. Pers. Anmeldung erwünscht. Privatstand. jederzeit.

Harn-, Haut- u. Blasenleiden

aller Art werden schnell und gründlich mit oft überraschend. Erfolg nach Spezialverfahren geheilt. Behandlung schmerzlos, ohne Berufsstörung. Viele freiw. Anerkenn. u. Heilerfolge.

Ambulatorium Charitas

(Ärztl. Leiter: Dr. med. Marck)

Gelsenkirchen, Hofstr. 2

am Alten Markt. 17855

Sprechst.: 9½—1, 4-7 Uhr; Sonntags 10-12 Uhr

Auf 23813

Teilzahlung

Anzüge

Schneider & Vogelpoth

Gelsenkirchen

Bismarckstr. 70

Teerschlamm-Briketts

brennen bei gutem Schornsteinzug und jeder Feuerung leicht an, geben dann hohe, helle Gasflamme, um schließlich stundenlang weiter zu glühen, ohne zu schlacken oder zu rußen. Besserer Ersatz für Brennholz, Torf, Braunkohle etc., bedeutend höhere Brennkraft, sowie sparsamstes Streckungsmittel für Steinkohle bezw. Steinkohlenbriketts. Wiederverkäufer werden gesucht.

Max Fredrich & Co.,

Gelsenkirchen-Stadthafen, Ruf 301.